



Thema

HANDELN

Vom Verhandeln bis zum fairen Handeln „Die Deutungshoheit über die Zukunft haben jetzt die klimaschutzorientierten Unternehmen“
Moderne Handlungshilfen Möge die Macht mit uns sein Nichts für die Ehre Freier handeln Handel im Wandel

Vom Wissen zum Handeln

Handel, handeln, verhandeln, fair handeln, frei handeln – die Assoziationskette zum Thema Handeln ist lang. In jedem Fall sind damit Hände verbunden, selbst beim automatisierten Börsenhandel. Der Kopf entscheidet, der Mensch handelt. Das tut er in großer Vielfalt, aber immer in der Logik des rationalen, des vernünftigen Handelns – es sei denn, er handelt unvernünftig – und möglicherweise gegen sich selbst. Vielleicht weiß er zum Zeitpunkt des Handelns auch nicht, dass er unter den Konsequenzen seines Handelns leiden wird. Später handelt er vielleicht ganz anders, um diese Folgen zu korrigieren. "Der Mensch handelt – entweder aus Not oder aus Erkenntnis", diese Betrachtung hört man immer wieder von Thomas Jorberg, Vorstandssprecher der GLS Bank, wenn man ihn darauf anspricht, warum nicht mehr Menschen eine ökologisch-soziale Bank wählen, sie das Finanz- und Wirtschaftssystem nicht umgestalten oder sich so wenig bewegt beim Transformationsprozess zu mehr Gerechtigkeit und weniger Ressourcenverbrauch. "Vom Wissen zum Handeln" ist auch eine Reihe von Lernmaterialien des Wuppertal Instituts für Schulen überschrieben. Mit ihnen könnten auch die Jüngerer, für die Wissenserwerb noch einen großen Teil ihres Alltags ausmacht, die Erkenntnis zum Handeln gewinnen – sie könnten die Akteure werden, die den Wandel erreichen. Doch ob sie es schaffen, wissen wir nicht.

Ein Ergebnis auf dem Weg zum Wandel ist das Paris Agreement, das verbindlich-unverbindliche Abkommen zur Begrenzung der menschen- ►



gemachten Erderwärmung auf unter zwei Grad Celsius. Nach 25 Jahren UN-Klimadiplomatie muss dieser Vertrag, der erstmals Klimaschutzbeiträge von allen Staaten vorsieht, als Erfolg gewertet werden – nach außen wie nach innen. Hier haben sich Erkenntnis und Wissen durchgesetzt – und mühsam einen Korridor des Handelns festgeschrieben. Ob es zum rationalen Handeln kommt, soll regelmäßig überprüft werden, gehofft wird auf einen Wettbewerb des klimaschützerischen Handelns. Die Mittel dazu sind nicht festgelegt, viele Ausnahmen sind zugelassen.

Warum es so schwierig ist, mit Köpfen und Händen zu einem gemeinsamen Handeln zu kommen, erklärt der Philosoph Bernd Draser in seinem Beitrag "Vom Verhandeln bis zum fairen Handeln". Dass es auch unabhängig von Paris gelingen kann, davon ist Dirk Messner, Vorsitzender des WBGU überzeugt: "Die Deutungshoheit über die Zukunft haben jetzt die klimaschutzorientierten Unternehmen." Welche persönlichen Instrumente Menschen und Gesellschaften nutzen können,

um sich in Richtung Transformation zu bewegen, stellt Ilona Koglin umfassend in "Moderne Handlungshilfen" vor. Ob wir mit dem Big-Data-Geschäftsmodell von Google, Facebook und Co. unsere Autonomie und Handlungsfreiheit verlieren oder ob es sogar die Chance zu einer demokratischeren Wirtschaft bewirkt, untersucht Andres Friedrichsmeier in "Möge die Macht mit uns sein". Dass Solidarität und helfendes Handeln grundsätzlich zum menschlichen Wesen gehören und Mensch sowie Gesellschaft davon profitieren, zeigt der Beitrag "Nichts für die Ehre" – mit eindrucksvollen Portraits der Fotografin Anja Weber. Einen ganz anderen Wandel möchten Industrie und Wirtschaftspolitik mit so genannten Freihandelsabkommen

erreichen. Ob diese nachhaltig sind, beschreibt Alessa Hartmann in "Freier handeln". Um das Milliardengeschäft des Einzelhandels, um Online-Handel und "Slow Retail" und seine ökologischen und sozialen Implikationen geht es schließlich in Manfred Ronzheimers "Handel im Wandel". Wem die Möglichkeiten des Handelns zu viel werden, der halte sich an den alten Werkstattspruch meines Vaters: "Wer nichts macht, macht auch keine Fehler."

Möge dieses Magazin die Macht Ihres Wissens weiter vergrößern und zum richtigen Handeln oder auch Nicht-handeln leiten!

Ralf Bindel und das Team der factory



Inge Hannemann leistet Widerstand gegen die Missstände bei Hartz IV. (taz Panter Preis, Leserinnenpreis 2013).



42

© Anja Weber

factor



63

© Can Stock Photo Inc. / olegd

4 Handeln

Inhalt

- 2 Vom Wissen zum Handeln
- 9 Vom Verhandeln bis zum fairen Handeln
- 14 „Die Deutungshoheit über die Zukunft haben jetzt die klimaschutzorientierten Unternehmen“
- 23 Moderne Handlungshilfen
- 32 Möge die Macht mit uns sein
- 42 Nichts für die Ehre
- 57 Freier handeln
- 63 Handel im Wandel
- 67 Impressum



14

© fotolia.com/ tai



23



32

© Can Stock Photo Inc. / photokert, © istockphoto.com/ CTRPhotos



52

Schädliche Stütze: Im Jahr 2010 kosteten die umweltschädlichen Subventionen in Deutschland Staat und Steuerzahler 52 Milliarden Euro, 2008 waren es noch 48 Mrd. Das sind jährlich 15 bis 20 Prozent des Bundeshaushalts. Prominente Beispiele sind die Befreiung des gewerblichen Luftverkehrs von der Energiesteuer, Energiesteuerermäßigungen für das produzierende Gewerbe und die Landwirtschaft, sowie die kostenfreie Zuteilung der CO₂-Emissionsberechtigungen. Im selben Jahr gaben Staat und Unternehmen 35,8 Milliarden Euro für den Umweltschutz aus, u. a. für Gewässerschutz, Abfallentsorgung, Luftreinhaltung und Lärmbekämpfung. Umweltschädliche Subventionen in Deutschland, Ausgabe 2014, UBA

35

Verzicht auf Profit: Um zwischen dem Beginn der Industrialisierung und dem Jahr 2100 die Erderwärmung auf 1,5 oder maximal zwei Grad zu begrenzen, müssen zwischen 80 und 90 Prozent der fossilen Energieträger unverbrannt im Boden bleiben. Dabei geht es um sehr Geld und Macht. Die heute weltweit bekannten Öl- und Kohlereserven haben einen Wert von 35 Billionen, also 35.000 Milliarden Dollar. Im Jahr 2014 haben allein die US-amerikanischen und kanadischen Öl- und Gasförderer 235 Milliarden Dollar Gewinn gemacht - nicht Umsatz. Energie- und Bergbauunternehmen haben bei den Klimaverhandlungen in Paris so kräftig lobbyiert, dass im 32-seitigen Abkommen an keiner Stelle Öl, Gas oder Kohle erwähnt werden. Die Atomwirtschaft konnte dagegen ihre "nuklearen Lösungen" präsentieren. Uli Brand, Gutes Klima für Eliten, fr-online.de, 20.12.2015

18,5

Gewusst wie: Die Hersteller der so genannten Low-Emission-Dieselfahrzeuge haben 2014 18,5 Millionen Euro in das Lobbying der Europäischen Union investiert. Volkswagen, größter Dieselfahrzeug-Hersteller der Welt, gab 3,3 Millionen Euro und beschäftigte 48 Interessensvertreter, mehr als jeder andere. Eine Greenpeace-Untersuchung ergab, dass sowohl die deutsche Regierung als auch die EU-Kommission von der VW-Manipulation von Abgasuntersuchungen wussten. Großbritannien, Frankreich und Deutschland setzen sich dafür ein, dass die Schlupflöcher in den Abgastests erhalten bleiben. 184 Lobbyisten der Autohersteller sind in Brüssel tätig, 51 von ihnen haben Ausweise für das Parlament. Energydesk Greenpeace, 25.9.2015

11.312

Rechter Terror: Von Januar bis Ende Oktober 2015 hat die deutsche Polizei nach vorläufiger Zählung bereits 11312 Delikte von Neonazis und anderen Rechten registriert, darunter 759 Gewalttaten. Bei Angriffen wurden 582 Menschen verletzt. Von 5970 Tatverdächtigen wurden 151 vorläufig festgenommen, nur neun Haftbefehle gab es. Noch sind nicht alle Taten gemeldet, aber schon jetzt sind es mehr als im Vorjahr. 3155 Straftaten richteten sich gegen Flüchtlinge und andere Migranten, ein Anstieg von 40 Prozent gegenüber 2014. Allein im Oktober zählte die Polizei 759 Gewalttaten mit 582 Verletzten. Bis Dezember zählte die Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle 512 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, davon waren 121 Brandanschläge, 245 Menschen wurden verletzt. Flüchtlingsfeindliche Demonstrationen gab es 276. Frank Jansen, Tagesspiegel.de, mut-gegen-rechte-gewalt.de, 20.12.2015

0,03

Schwache Aussichten: Den Abbau von Zöllen und "nicht notwendigen" Regulierungen hat das EU-USA-Handelsabkommen TTIP zum Ziel, um den transatlantischen Handel zu liberalisieren und wechselseitige Investitionen zu erleichtern. Damit sollen die Länder aus der Krise kommen und gegenüber den wachsenden asiatischen Ökonomien gestärkt werden. Die prognostizierten Wachstumsimpulse sind jedoch gering: Die USA könnte jährlich um 0,96 Prozent, die EU um 0,34 Prozent zusätzlich wachsen (ifo Institut, Bertelsmann Stiftung), eine Studie des Centre for Economic Policy Research kommt auf zusätzlich gerade mal 0,03 Prozent für die EU und USA. Studien zeigen auf, dass die Wechselkurschwankungen zwischen Euro und Dollar den Ausbau des Handels mehr beeinträchtigen als niedrige Zölle. Mit einer von den Zentralbanken beeinflussten Bandbreite der Umtauschkurse ließen sich bessere Effekte als mit dem Freihandelsabkommen erzielen. Ansgar Klinger, Forum Wissenschaft, 7.10.2014

476.294

Handelsstark: Das umsatzstärkste Unternehmen der Welt (2013) war der Einzelhandelskonzern Walmart mit 476,3 Milliarden US-Dollar. Unter den weiteren ersten zehn sind Ölkonzerne wie Shell, Sinopec, Exxon und BP, Autohändler wie Volkswagen, Toyota und der Schweizer Rohstoffhändler Glencore. In der Liste der ersten 100 größten Unternehmen sind nur sechs Einzelhändler, ein Viertel stellen Öl- und Gas-Konzerne, ein weiteres Viertel Banken und Versicherungen, Autohändler sind es neun. Den meisten Gewinn machten die Banken Fannie Mae mit 83,9 und Freddie Mac mit 48,7 Milliarden US-Dollar. Apple und Samsung lagen auf den Plätzen vier und acht. Fortune Global 500, 2014, fortune.com/global500

11,6

Verhandlungsbasis: 11,6 Millionen Haushalte streiten sich in Deutschland mit ihren Nachbarn. Das Niveau ist hoch, aber konstant. Auf Platz 1 der Streitgründe liegen laute Musikanlagen und Fernseher, 19 Prozent ärgern sich über Dreck und Müll, 14 Prozent über Kinderlärm, der Gerichte und Gesetzgeber besonders häufig beschäftigt. Danach folgen Haustiere, Partys und Lärm durch Hausarbeit mit je rund 12 Prozent, Lärmbelästigung durch Sex führt bei 5 Prozent zum Streit. Die meisten Menschen legen die Streitfälle selbst bei, nur 11 Prozent gehen zum Rechtsanwalt oder vor Gericht. 12 Prozent ziehen um. Thomas Jüngling, welt.de, 8.10.2015

470

Non-Veg ist Trend: Während der Fleischkonsum in den westlichen Ländern nicht mehr steigt, wächst er durch die neue Mittelklasse von Rio bis Schanghai. In Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika, die zusammen 40 Prozent der Weltbevölkerung repräsentieren, nahm er von 2003 bis 2012 um 6,3 Prozent pro Jahr zu, von 2013 bis 2022 soll er nochmal um jährlich 2,5 Prozent wachsen. Die chinesischen Landbewohner aßen 2011 mit 26,1 Kilogramm Fleisch rund 12,4 kg mehr als 1990. Im gleichen Zeitraum stieg der Fleischkonsum der Städter um 19,1 auf 48,9 kg. Im Jahr 2050 decken die Schwellenländer nur noch 46 Prozent ihres Kalorienbedarfs mit Getreide, 20 Prozent aber mit Fleisch, Eiern und Milchprodukten. Bis zum Jahr 2050 wird sich die globale Fleischproduktion von heute 300 auf 470 Millionen Tonnen erhöhen müssen, um mit dieser Nachfrage mitzuhalten. Weltweit entstehen neue Massentierhaltungsbetriebe, wie es sie in den Industrienationen seit den 1950er Jahren gibt. Wie die Tiere ernährt werden können, ist nicht abzusehen. Da die Fleischproduktion ungeheure Mengen Getreide als Futtermittel verbraucht, wird sich die Produktion von Sojabohnen von augenblicklich 260 auf weltweit 515 Millionen Tonnen fast verdoppeln müssen. Dazu müssen die Erträge pro Hektar steigen oder die Agrarflächen zunehmen – oder beides. Fleischatlas 2014, Heinrich-Böll-Stiftung, BUND, Le Monde diplomatique

»Verhandeln ist nicht die schlechteste Form des Handelns.«

William Penn Adair "Will" Rogers (1879-1935), amerik. Humorist



Vom Verhandeln bis zum fairen Handeln

Die Pariser ist nicht die letzte Konferenz gewesen, auf der man darüber verhandelt hat, wie zu handeln ist, um angesichts der rabiaten klimatischen Veränderungen handlungsfähig zu bleiben. Doch was steckt eigentlich hinter diesen Worten des (Ver)Handelns? Ein Blick in den semantischen Rucksack

von Bernd Draser

Kein Handeln ohne Verhandeln – menschliche Gemeinschaften stimmen sich ab, wenn es zum gemeinsamen Handeln kommen soll, und sei es zum gemeinsamen Handel. Überhaupt wird dem Menschen nachgesagt, dass erst Kooperation sein Überleben möglich gemacht habe und mache – nicht Konkurrenz. Wie handlungsfähig die Gemeinschaft dabei bleibt, ist eine Sache des Verhandeln und der Einsicht in die Notwendigkeit des Handelns. Unabhängig vom Ausgang der Pariser Konferenz wird menschliches Verhandeln wohl entscheidend das Handeln der Menschen in den nächsten Jahrzehnten bestimmen: auf lokaler, regionaler, Länderebene, aber auch zwischenstaatlich, multi- und international. Selbst von den kleinsten Vereinbarungen können große Wirkungen ausgehen. Verhandeln zum Handeln also – Anlass genug, sich über das Handeln und Verhandeln Gedanken zu machen. Und der Weg der Gedanken ist die Sprache. Es lohnt ein Blick auf das, was die Worte selbst an Sinn im Gepäck haben, der ja zuletzt doch immer mitspricht, wenn gesprochen wird;

gewissermaßen ein semantischer Rucksack, analog zum ökologischen.

Das Werk der Hände

Handeln bedeutet zunächst, *einen Gegenstand mit der Hand zu be-hand-eln*. Im englischen „to handle“ liegt das noch offen zutage, und das neudeutsche „Handling von Problemen“ erweist sich als gehaltreicher, als man es dem Anglizismus zutraut. Alles Tun und Machen der Hände ist das Handeln. Die lateinische Entsprechung ist das „facere“, und diese ganze Bedeutungsebene ist noch vorindustriell konnotiert, es klingt hier noch das Werk der Hände an. Das gilt noch mehr für das griechische Verb „poiein“, das insbesondere das hervorbringende Handeln der Handwerker und Künstler meint – daher auch unser Wort „Poesie“.

Es geht hier noch nicht um das industrielle Umformen von Ressourcen in Produkte. Die Perspektive ist dennoch aktuell, denn sie eröffnet den Blick auf eine vorindustrielle Lebenswelt, die in einigen Diskursen eine wesentliche Rolle spielt. Das ist die romantische Frakti-

on der Nachhaltigkeit, die ihr Recht hat, denn schließlich waren es gerade die Romantiker, die ein ausgeprägtes Sensorium für die Industrialisierung und ihre Folgen entwickelten.

Ein zweites Bedeutungsfeld von „handeln“ liegt dem lateinischen „agere“ und dem griechischen „prattein“ nahe; das ursprüngliche Bild ist *der Hirte, der seine Tiere antreibt, sie drängelnd in Bewegung setzt*. Und dieses Antreibende, das ruhelos Vorandrängende ist ganz und gar modern. Nicht zufällig wurzeln viele Worte, die geradezu Marker für die moderne Beschleunigung darstellen, in diesem „agere“: Die Aktie wie der Agent, die Agilität wie die Aktion, aber auch die Akte und der Akt; die Praxis und das Praktische wurzeln im griechischen „prattein“. Das rastlose Vorwärts, der atemlose Aktionismus ist die Seite des Handelns, die uns als moderne Menschen kennzeichnet. Es ist diese Art des sich selbst permanent akzelerierenden Handelns, an der wir leiden, und zwar individuell, kulturell und ökologisch.

Das dritte Bedeutungsfeld ist das *Handeln im Sinne des Wirtschaftens, des Kaufens und Verkaufens*. Das Englische „trade“ für Handel leitet sich vom lateinischen „tradere“ ab, das aber hat eher einen Sinn wie das erste Bedeutungsfeld, das Weiterreichen und Übergeben von Hand zu Hand. Der Handschlag des Kaufmanns klingt da noch nach. Das Handeln im großen wirtschaftlichen Maßstab nennt man auf lateinisch „negotari“, wir kennen es aus dem Englischen „negotiate“, „verhandeln“. Das ist eine seltsame Verbform: Es sieht aus wie ein Passiv, wird aber benutzt in aktivem Sinne. Vielleicht klingt in der grammatischen Form eine Zeit nach, als das Wirtschaften noch nicht so getrieben und rastlos war, wie es auch den antiken Menschen schon vorkam.

Das Verhandeln menschlicher Bedürfnisse

Ein viertes Bedeutungsfeld ist in unserem Zusammenhang wichtig, nämlich „handeln“ im Sinne der *Handlung einer Erzählung, eines Films, eines Buchs*. Ein Buch handelt von oder über etwas, das

Handeln bezieht sich hier auf den Inhalt, die Narration. Auch im Begriff der *Abhandlung* findet sich diese Sinnebene noch. Wovon also handeln Konferenzen wie die in Paris? Geht es darum, die Welt zu retten? Nein, mit Sicherheit nicht. Oder die Mutter Natur? Nein, auch sie ist nicht Gegenstand der *Verhandlungen*. Es ist, wie im alten Rätsel der Sphinx, das Ödipus löst, der Mensch, um den es geht. Ziel der Verhandlungen ist es, dass wir und kommende Generationen ein uns angemessenes Leben führen können. Der Maßstab ist der Mensch, und menschliche Bedürfnisse wurden in Paris verhandelt.

Wieder einmal ist es der griechische Mythos, der das Missverhältnis des Menschen zur Natur auf den Punkt bringt, denn wir haben ein prometheisches Problem. Im Mythos ist es nicht etwa Zeus, der die Menschen erschafft, sondern der eigensinnige Titan mit Namen Prometheus, der die Menschen aus Erde und Wasser formt. Goethe hat die Szene in seiner Prometheus-Hymne verdichtet: „Hier sitz ich, forme Menschen / Nach meinem Bilde, / Ein Geschlecht, das mir gleich sei, / Zu leiden,

zu weinen, / Zu genießen und zu freuen sich“. Es ist das Urbild der Poiesis, des *hervorbringenden Handelns*, und das Ergebnis ist der Mensch. Der ist im Mythos ein defizitäres Wesen, und deshalb schenkt Prometheus ihm das Feuer; es folgen später noch der Acker- und der Weinbau als Göttergeschenke, die drei entscheidenden Güter, mit denen der Mensch die Natur in eine Kulturlandschaft verwandelt.

Zeus entzog den Menschen zur Strafe das Feuer, weil Prometheus ihn um ein Opfer betrog, der stahl das Feuer allerdings, um es den Menschen wiederzugeben. Wir sind als Kinder der Industriellen Revolution ein zweites Mal von Prometheus mit dem Feuer beschenkt worden, ja wir haben durch unseren Hang zum Verbrennen genau die klimatische Probleme verursacht, deren Lösung in Paris nun verhandelt wurde. Bisher handeln wir aber nicht prometheisch im wörtlichen Sinne, also nicht vorausschauend und vorsorgend, sondern vielmehr wie der tollpatschige Bruder des Prometheus, von dem Hesiod berichtet: Epimetheus, der Unbedachte, der erst nachher klüger wird,

der stets das Nachsehen hat. Es ist dann auch Epimetheus, der von den Göttern die Büchse der Pandora als Geschenk annimmt, die alle Übel der Welt enthält; sie entweichen beim Öffnen und plagen seither die Menschen.

Das Ergebnis zählt, nicht die Absicht

Und nun muss doch noch auf die Ethik und das Handeln geschaut werden, denn Hesiod nennt den gleichen Prometheus, der so vorsorgend und umsichtig in die Zukunft blickt, den mit den „krummen Gedanken“, den Intriganten also. Seit Pierre Abaelard, einem illustren Philosophie-Star im Paris des Hochmittelalters, wird in der Ethik eine Handlung in Relation zu ihrer Intention gesetzt, und an dieser Intention werden moralische Wertungen vorgenommen. Auch Kant formuliert das in verschiedenen Varianten seines Kategorischen Imperativs: „Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne.“ Das heißt: Es soll bei der moralischen Bewertung einer

Handlung nicht so sehr das Ergebnis wie die Absicht, die Maxime zählen.

Für eine nachhaltige Entwicklung ist das ein ganz und gar falscher Ansatz, denn was angesichts der planetaren Grenzen zählt, sind nicht Maximen, nicht Überzeugungen, nicht Absichten, sondern allein das, was tatsächlich sich ereignet. In der Umwelt- und Klimapolitik sind viele Lösungsansätze von heute die Irrwege von morgen. Es gilt hier erst recht das Bonmot, dass „gut gemeint“ das Gegenteil von „gut“ sei. Friedrich Schmidt-Bleek bringt in seinem Buch „Grüne Lügen“ eine Reihe von Beispielen für solche gut gemeinten Irr- und Abwege. Wenn ein Stoßgebet für Verhandlungen wie in Paris passend gewesen wäre, dann dieses: Gäbe Gott, dass die Verhandelnden zwischen Lösungen und zukünftigen Problemen zu unterscheiden wissen!

Wie verhalten sich aber „handeln“ und „verhandeln“ zueinander? So wie „blühen“ zu „verblühen“? Oder wie „achten“ zu „verachten“? Vielleicht sogar wie „essen“ zu „fressen“ (denn „fressen“ ist die Verkürzung von „veressen“)? Es gibt viele ältere Belege für

„verhandeln“ im Sinne von „verschachern“. Und in der Tat verkaufen wir noch immer viele Ressourcen unter Preis, oder vielmehr ohne Preis, indem ökologische Kosten gar nicht erst in Marktpreise einkalkuliert werden; im Gegenteil wälzen wir die Kosten auf Spätere und Andere ab. Noch einmal die Büchse der Pandora: Hesiod berichtet, dass alle Übel der Büchse entwichen, nur die Hoffnung blieb zurück. Nun, uns bleibt sie noch. „We’ll always have Paris“ - „Uns bleibt immer Paris“, heißt es am Ende von „Casablanca“, und das ist hoffnungsvoll zu verstehen. ■

Bernd Draser lehrt Philosophie an der Ecosign-Akademie in Köln. Er schreibt immer wieder philosophische Einsteige in factory-Themen, zuletzt „Kann ein Esel tragisch sein?“ im factory-Magazin Rebound.



Lob der Faulheit (1751)

Faulheit, jetzo will ich dir
Auch ein kleines Loblied bringen.

– 0 – – wie – – sau – – er – – wird es mir, – –
Dich – – nach Würden – – zu besingen!

Doch, ich will mein Bestes tun,
Nach der Arbeit ist gut ruhn.

Höchstes Gut, wer Dich nur hat,
Dessen ungestörtes Leben –
Ach! – – ich – – gähn – – ich – – werde matt – –
Nun – – so – – magst du – – mir`s vergeben,
Dass ich Dich nicht singen kann;
Du verhinderst mich ja dran.



© tai111, fotolia.com

„Die Deutungshoheit über die Zukunft haben jetzt die klimaschutzorientierten Unternehmen“

sagt Dirk Messner, der sich mit dem Klimawissenschaftler Hans Joachim Schellnhuber den Vorsitz des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) teilt. Ralf Bindel sprach mit Messner über die wichtigsten Akteure für den Klimaschutz, über Migration und Handelsabkommen.

Das Pariser Klimaschutzabkommen wird wahrscheinlich Geschichte machen – unabhängig vom Erfolg seiner Umsetzung. Die internationalen Klimaverhandlungen werden in den nächsten Jahren weiter gehen. Wen sehen Sie über die Klimaverhandler hinaus als maßgebliche Akteure in Sachen Klimaschutz und Dekarbonisierung?

Dirk Messner: Ich würde sagen, neben den Staaten, die national und international für Ordnungspolitikern sorgen müssen, die auf eine sukzessive Dekarbonisierung unserer Ökonomien hinauslaufen, gibt es fünf relevante Akteure, die einen großen Beitrag leisten zu dem gesamten Prozess in Richtung klimaverträglicher Gesellschaft. Als erstes sind da die Unternehmen. Was tun die Unternehmen und wie weit betreiben sie in Eigeninitiative Anstrengungen zu reduzieren? Wir haben innerhalb der Wirtschaft auch Clubs von Unternehmen, die da sehr anspruchsvoll sind. In Deutschland gibt es z. B. die Zwei-Grad-Initiative der deutschen Wirtschaft, das sind Unternehmen, die freiwillig größere Beiträge leisten wollen, ihre Emissio-

nen zu reduzieren. Unternehmen sind sehr wichtig, die Wirtschaft ist wichtig. Die zweite wichtige Akteursgruppe ist eine Untergruppe der Wirtschaft, die Finanzunternehmen und Finanzaktive. International bekannt ist inzwischen eine Bewegung, die nennt sich Divestment. Dahinter verbirgt sich, dass Anleger – das können Kleinanleger sein wie Sie und ich, aber auch Banken oder wie vor kurzem die Allianz-Versicherung – ihre Anlagen und Investitionen bei Unternehmen einstellen, die im fossilen Bereich tätig sind und diese Investitionen umlenken in nachhaltige Bereiche wie erneuerbare Energien.

Ist Divestment wirklich so stark? Ursprünglich war es eine Forderung von Umweltschützern, Studierenden und NGOs.

Das ist ein sehr dynamischer Prozess. Die Divestment-Bewegung schien am Anfang die charmante Idee einiger weniger Idealisten zu sein, aber mittlerweile bewegen sich große Unternehmen wie eben die Allianz in eine solche Richtung. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau, die Weltbank, große internationale

Finanzierungsinstitutionen, das ist die zweite große Akteursgruppe.

Wir sind gespannt auf die weiteren.

Der dritte große Akteur sind Städte. In Städten entstehen 60 bis 65 Prozent der energiebezogenen Emissionen. Wie Städte sich weiterhin entwickeln ist deswegen sehr wichtig – und es gibt Städte, die da sehr ambitioniert vorgehen. Die vierte Gruppe sind Nichtregierungsorganisationen, die Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit betreiben, auf das Problem aufmerksam machen. Und der fünfte Akteur ist für mich die Wissenschaft. Wir als Wissenschaftler haben ja auch eine wichtige Rolle, denn wir können einerseits analysieren, wie der ganze Prozess sich überhaupt vollzieht, ob die Emissionsreduzierungen reichen, die da jetzt entstehen, und wir können Hinweise geben, wie man Probleme löst.

Ist das auch die Reihenfolge des Impacts, der Bedeutung? Unternehmen tatsächlich an erster Stelle und dann Divestment?

Wenn ich hundert Prozent Impact unter den fünf Akteuren aufteilen müsste, würde ich Unternehmen und Finanzinstitutionen zusammen schon 50 Prozent geben. Bewegen sich diese beiden in die richtige Richtung, ist das von herausragender Bedeutung. Deswegen bin ich auch vorsichtig optimistisch, denn in den letzten fünf Jahren hat sich da unglaublich viel getan. Wenn man sich die globalen Neuinvestitionen im weltweiten Energiebereich anschaut, hatten wir 2003/2004 eine Aufteilung dieser Investitionen zu 80 Prozent in fossile und nukleare und 20 Prozent in erneuerbare Energien. Mittlerweile nehmen die Erneuerbaren über 50 Prozent ein. Seit 2012/-13/-14, seit drei Jahren in Folge, registrieren wir, dass die weltweiten Neuinvestitionen im Energiesektor zu mehr erneuerbaren Energien führen als zu solchen, die fossil oder nuklear basiert sind. Das ist eine unglaubliche Veränderung, die Neuinvestitionen haben bereits einen Kipp-Punkt in Richtung Dekarbonisierung erreicht. Die anderen Akteure Städte, NGO, Wissenschaft haben wichtige Rollen, aber dass Unternehmen in diese Richtung steuern, ist herausragend. Weil sich am Ende des Tages dort entscheidet, ob ein Großteil der Emissionsreduzierungen umsetzbar ist.



Die Unternehmen sind die tatsächlichen Erzeuger bzw. Hauptverbraucher von Energie. In der Wirtschaft entscheidet sich, wie viel und welche Energie und Ressourcen in Produkten und Dienstleistungen stecken.

In der Tat. Die Städte stellen eher die Nachfrageseite. In der Stadt konsumieren wir die Energie, dort brauchen wir sie für Wärme oder zur Kühlung. Die Unternehmen sind sozusagen die Angebotsseite, da wird die Infrastruktur verändert, die Anlagen, da entstehen neue Mobilitäts-, neue Energiesysteme.

Wir sehen jetzt, dass es zu einem Divestment kommt, zwar global in einem noch geringen Umfang, denn es sind ja nur wenige Prozentpunkte, die Allianz und Co. dort bisher ausmachen, aber natürlich ist es ein guter Weg. Die vermeintlich schwächeren Akteure NGOs und Wissenschaft sind dennoch die einzigen, die in der Vergangenheit auf eine politische Rahmenveränderung gedrängt haben. Unternehmen haben sich da zurückgehalten oder sogar dagegengehalten, Städte ebenfalls.

Könnte das in Zukunft anders sein, so dass durchaus sogar strengere Rahmensetzungen zur Dekarbonisierung durch diese Akteure von der Politik verlangt werden?

Es gibt ja Unternehmenszusammenschlüsse, Clubs oder Gruppen von Unternehmen, die die Politik auffordern oder auch die Klimaverhandler auffordern, ambitionierte Ziele umzusetzen, beispielsweise eine globale Carbon Tax durchzusetzen. Geht ein Unternehmen in diese Richtung, kann dieser Schritt auch Wettbewerbsnachteile bedeuten. Insofern sind diese Unternehmen daran interessiert, dass gleiche Regeln für alle gelten. Die Unternehmen, die ambitioniert sind und ihre Unternehmens- und Geschäftsmodelle darauf ausgerichtet haben, schnell Emissionen zu reduzieren, haben ein Interesse daran, dass wir auch eine entsprechende Regulierung bekommen. Die Weltbank hat z. B. 1000 große Unternehmen zusammengebracht, die die internationale Staatengemeinschaft und die Klimagipfel auffordern, eine globale Carbon Tax zu vereinbaren. Die deutsche Zwei-Grad-Initiative der Wirtschaft unterstützt und

berät die deutsche Regierung dabei, ambitionierte statt schwache Klimaziele zu verfolgen. Insofern gibt es da eine Dynamik von Unternehmen, die sich bewegen.

Ich bin etwas überrascht, dass Sie die Unternehmen tatsächlich so hoch bewerten als Zwei-Grad- oder sogar 1,5-Grad-Ziel-relevanten Akteur. Denn in der Vergangenheit hat sich die Mehrzahl der Unternehmen gegen Einsicht und Rahmensetzungen gewehrt – da können Sie sich alle großen Wirtschaftsverbände anschauen. Eher war Klimaschutz eine Art Schmuckelement für wenige. Diejenigen, die es erkannt haben und in Effizienzmaßnahmen investieren, sehen es sicher als Sicherung von Zukunft und Wettbewerbsfähigkeit.

Meine Beobachtung ist, dass sich da die Perspektiven verschoben haben. Der Energiebereich ist der wichtigste Bereich, der fokussiert werden muss, wenn man über eine dekarbonisierte Weltwirtschaft sprechen will, weil 70 Prozent der globalen Emissionen aus dem Energiesektor stammen. In vielen

Ländern sieht es nicht viel anders aus als bei uns: Die klassischen fossilen Unternehmen stehen unter großem Anpassungsdruck und wir sehen weltweit, dass seit 2012 die Mehrzahl der Neuinvestitionen im erneuerbaren Energiebereich getätigt werden. Das Zukunftsmodell des Weltenergiesystems, das deutet sich jetzt an, wird erneuerbar sein, und die fossilen Investitionen sind auf dem Rückzug. Da hat sich ein sehr radikaler Wandel vollzogen. Ich würde das unter der Chiffre zusammenfassen: Die Deutungshoheit über die Zukunft haben jetzt die klimaschutzorientierten Unternehmen. Die noch nicht auf der Spur sind, versuchen natürlich, von der Regierung Zeit zu kaufen, energieintensive Unternehmen, deutsche Stahlhersteller beispielsweise. Man findet jedoch nur noch sehr wenige Unternehmer, die sich auch öffentlich zu sagen trauen, Klimaschutz ist ein Prozess, den wir hier blockieren wollen. Bestenfalls finden Sie Akteure – ich bin ja nicht naiv – die durch Lobbying versuchen, mehr Zeit zu kaufen für den Umbauprozess. Aber dass sich die Weichenstellung in Richtung klimaverträgliches Wirtschaften

vollziehen muss, darüber gibt es große Einigkeit. Nicht nur in Europa, sondern weltweit gibt es diese Entwicklung.

Apropos Entwicklung. Wie sieht es denn in den Ländern aus, in denen die jetzigen Werkbänke der Welt stehen, also in Asien? China und Indien gelten als Schwellen- und/oder Entwicklungsländer mit den nominell und potenziell größten Emissionen, da sie so bevölkerungsreich sind.

China und Indien sind zwei unterschiedliche Fälle, wenn man sie aus der klimapolitischen Perspektive betrachtet. Es ist ganz richtig, dass ein beachtlicher Teil der industriellen Produktion in China stattfindet. Dort sind die Emissionen nicht nur nominell sehr hoch – es sind ja auch immerhin 1,3 Milliarden Menschen – sie sind auch pro Kopf inzwischen sehr hoch. Vor gut einer Dekade lagen sie noch bei etwa 2,5 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr, in Deutschland lagen sie zu dem Zeitpunkt bei ungefähr 10 Tonnen. China hat jetzt aufgeschlossen zu Europa. Hier senken wir leicht ab, sind im Augenblick bei 8 Tonnen pro Kopf und wollen weiter reduzieren, Chi-

na ist jetzt bei 8 Tonnen angekommen, die Emissionen sind also stark angestiegen. In Indien sind die Pro-Kopf-Emissionen immer noch bei gut zwei Tonnen, also weit entfernt von unserem Niveau, um den Faktor 4 geringer.

Macht China zu wenig, um den Anstieg zu drosseln?

Zu China muss man sagen, dass natürlich noch ein großer Teil der Energieversorgung fossil basiert ist, aber auch dort zeichnet sich ab, dass die Neuinvestitionen im erneuerbaren Energiebereich angesiedelt sind. China sieht sich sogar als die Wirtschaft, die am schnellsten in der Lage ist, diese Technologien in die Breite zu tragen, denn China verfügt über beachtliche Devisenreserven, das zu finanzieren. Wenn ich in China bin, erzählt man mir dort mit einem Schmunzeln, dass China sich den Wandel leisten kann, während in Europa allenfalls Deutschland dazu in der Lage ist, die anderen Länder aber wegen der Verschuldungsproblematik kaum. China sieht sich als Dekarbonisierungsinnovator.

Und in Indien?

Dort lautete die Diskussion noch vor drei bis vier Jahren, dass der Klimawandel ein Problem der Industrieländer ist, das von ihnen erzeugt wurde und wird und deswegen auch von ihnen gelöst werden muss. Indien sah sich da nicht in der Pflicht. Das Land wird zunächst auch weiter auf traditionelle Konzepte von Wachstum, Beschäftigung und Armutsbekämpfung setzen, Klimabezüge haben da noch eine nachgeordnete Bedeutung. Der Diskurs hat sich aber dennoch gedreht in den letzten drei Jahren. Positive Signale sind, dass das Land große erneuerbare Energieprogramme aufsetzt. Das ist sehr sinnvoll, denn Indien hat große Potenziale im Sonnen- und Windenergiebereich und beginnt jetzt, diese auch tatsächlich zu nutzen. Und: Indien hat das ambitionierte Pariser Klimaabkommen, dass auch Entwicklungs- und Schwellenländer in die Pflicht nimmt, nicht blockiert – da habe ich mir zuvor große Sorgen gemacht. Das könnte alles noch schneller gehen, aber China und Indien bewegen sich zumindest in die richtige Richtung.

Ist in China auch so eine Art unternehmerischer Aufbruch oder ein neues Bewusstsein für Klimaschutz zu spüren, ähnlich dem in den westlichen Ländern?

Also die Diskussion in der chinesischen Wirtschaft ähnelt, wenn Sie mit Industriellen reden, der in Deutschland. Von einem Teil wird das als neues Innovationsfeld gesehen, als neue Welle mit großen, grünen Investitionen in neue Infrastrukturen und neuen Geschäftsfeldern. So wie Sie das hier auch hören, in Energieeffizienz- oder Umweltunternehmen oder überall dort, wo es um Energie- und Ressourceneffizienz geht. Dann haben Sie auf der anderen Seite die Unternehmer, die im traditionellen energieintensiven Bereich arbeiten. Auch dort ist es die Stahl- und Zementindustrie, die Automobilindustrie. Wie hier wird dort auch versucht, Zeit zu kaufen. Aber es gibt drei wichtige Treiber einer Klimaorientierung. Der erste ist das Wissen um die naturräumlichen Auswirkungen des Klimawandels in China, also schrumpfende Wasservorräte, degradierende Böden, steigender Meeresspiegel an der gesamten Ostkü-



te. Die Vulnerabilität Chinas gegenüber dem Klimawandel ist ein großes Thema. Zurecht, denn die Folgen werden dort viel massiver ausfallen als beispielsweise in Europa. Der zweite wichtige Treiber ist eher ein innenpolitischer. Ich glaube, dass wir den schnellsten Trend in Richtung E-Mobilität in China sehen werden, weil die Luftverschmutzung so unglaublich massiv ausfällt und die Partei große Sorgen um ihre Legitimation und Macht hat. Die Menschen wollen einfach nicht mehr akzeptieren, dass die

Kinder nicht mehr frei atmen können. Deswegen wird sehr massiv in den Ausbau neuer Mobilitätsinfrastrukturen im Elektromobilitätsbereich investiert. Dieser zweite Treiber ist also eher Gesundheits- als Klimaschutz, wird aber dazu einen Beitrag leisten. Und das dritte Argument ist immer die starke Außenpolitik in China. Ich hatte kürzlich dazu ein Gespräch mit dem stellvertretenden Außenminister und er sagte: "Naja, wir sind ein großes Land, wir haben großen internationalen Einfluss, und jede globale Macht braucht eine Geschichte, die sie der Welt erzählt. Die amerikanische Erzählung ist Demokratie und Freiheit. Unsere wird sein, dass wir Armutsbekämpfung und Ressourcen- und Nachhaltigkeitsfragen zusammenbringen. China ist ein Entwicklungsland, noch immer, es verfügt über wenige Ressourcen und ist vulnerabel gegenüber Umweltveränderungen. Wir bringen Armutsbekämpfung und Ressourcenfragen zusammen. Das ist unsere soft power-Strategie." Das bildet in etwa die Diskussion in China ab.

Trotz der spürbaren Probleme ging laut Kohlemarktbericht der Internationalen Energieagentur in China 2014 noch jede Woche ein neues Kohlekraftwerk ans Netz.

Aber es geht auch alle paar Tage ein altes Kraftwerk vom Netz. Die Kraftwerke, die jetzt gebaut werden, sind die der jüngsten technischen Generation. Mir wäre auch lieber, es würde keines mehr gebaut. Dennoch steigt die Zahl der Erneuerbaren Energiequellen in China seit vier Jahren sehr, sehr schnell. Die Kohle wird entsprechend zurückgefahren, weil die Erneuerbaren so schnell wachsen. Geplant hatte die chinesische Regierung bis 2030 beim Energieausbau zunächst vor allem Kohleverbrennung, doch jetzt stammt ein beachtlicher Teil an Energieentwicklung aus erneuerbaren Quellen. Das ist eine wichtige Veränderung, die vor etwa drei Jahren eingeleitet wurde. Ob die schnell genug passiert, damit wir innerhalb des Zwei-Grad-Korridors bleiben, das müssen wir erstmal abwarten. Aber China hat sich immerhin vorgenommen, bis 2020 den Peak zu erreichen, den Höhepunkt der Emissionen, die durch Kohleverbren-

nung zustande kommen, danach soll sie heruntergefahren werden, ab 2030 sollen die Emissionen insgesamt reduziert werden. Zudem baut China nun ein Emissionshandelssystem auf. Das entsprechende europäische System zu modernisieren und diese beiden dann zu verkoppeln, könnte große Impulse zur Dekarbonisierung der Weltwirtschaft leisten und dazu beitragen, im Klimaschutz ein level playing field zu schaffen – das würde auch den europäischen Unternehmen helfen.

Was sie skizzieren ist das Paket, das China als freiwillige Verpflichtung in die Pariser Klimaverhandlungen eingebracht hat?

Genau. Ich bin mir ziemlich sicher, dass China das schneller erreichen wird, aber die Regierung vertritt nach außen Ziele, von denen sie weiß, dass sie sie sicher schaffen kann. Und auch das ist eine wichtige Veränderung. Ich arbeite jetzt seit zehn Jahren intensiv in China, ich bin Mitglied eines Gremiums, dem China Council for International Cooperation on Environment and Development. Darin sind zehn chinesische und



© tai111, fotolia.com

zehn internationale Experten, die die chinesische Regierung in Umwelt- und Wirtschaftsfragen beraten. Noch vor wenigen Jahren war es ein Tabu, über den Peak von Emissionen zu reden. Mittlerweile bewegt sich das Land massiv in diese Richtung. Deshalb sind die beiden wichtigsten Wettbewerber für Deutschland, wenn es um Effizienz-Technologien und Energieinfrastruktur im Bereich der Erneuerbaren geht, China auf der einen und die USA auf der anderen Seite, weil auch dort diese Technologien stark ausgebaut werden.

Das ganze Interview lesen Sie online unter www.factory-magazin.de/themen/handeln. Weiter geht es dort mit der Verantwortung gegenüber den armen Ländern, der nachhaltigen Planung der weiteren Urbanisierung, dem Zusammenhang zwischen Migration und Klimawandel und der Integration von Klimaschutz in internationale Handelsabkommen, wie sie auch in diesem Magazin im Beitrag von Alessa Hartmann behandelt werden.

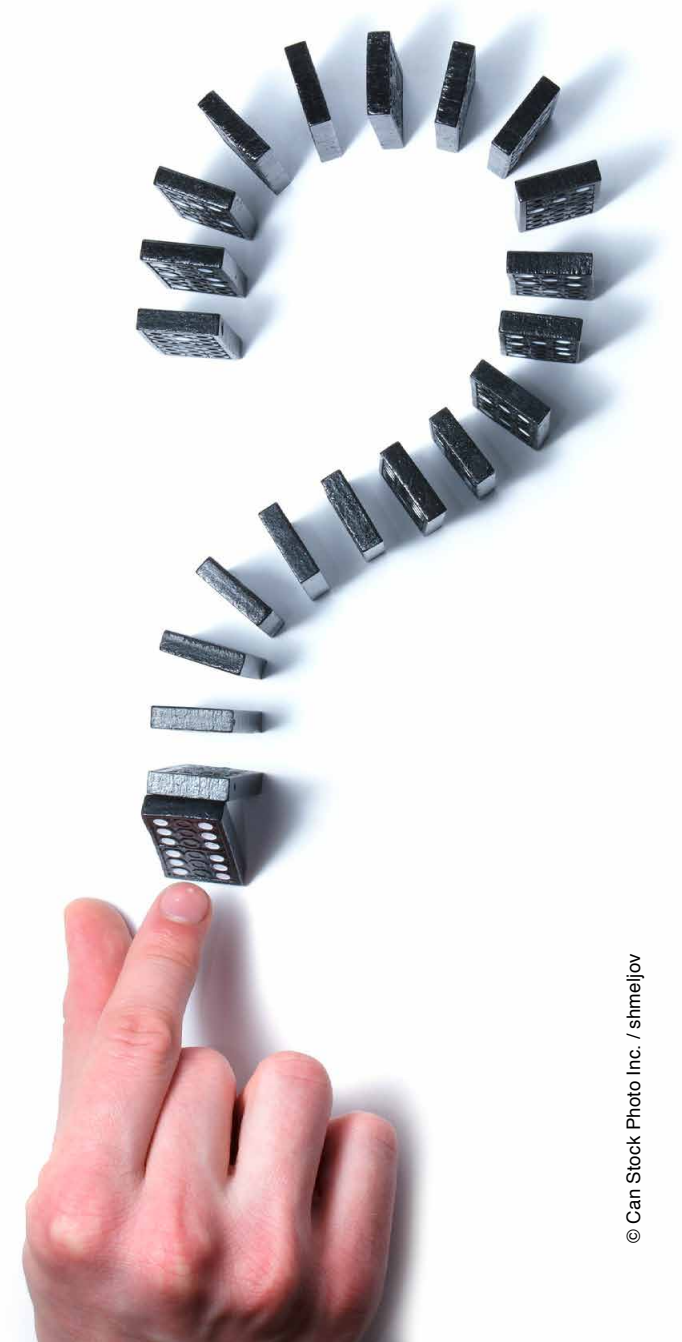
Prof. Dr. Dirk Messner ist Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik in Bonn sowie Co-Direktor des Centre for Global Cooperation Research an der Universität Duisburg Essen. Er teilt sich mit dem Klimawissenschaftler Hans Joachim Schellnhuber den Vorsitz des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU). Der Beirat ist eine der wichtigsten Institutionen für die Beurteilung und Entwicklung von weitreichenden Lösungsansätzen im Klima- und Ressourcenschutz und anderen Dynamiken globalen Wandels.

»Es liegt in der menschlichen Natur, vernünftig zu denken und unvernünftig zu handeln.«

Anatole France (François Anatole Thibault; * 16. April 1844 in Paris; † 12. Oktober 1924 in Saint-Cyr-sur-Loire) war ein französischer Schriftsteller. 1921 erhielt er den Literaturnobelpreis.

Moderne Handlungshilfen

Eigentlich wissen die Menschen inzwischen genug, um vom Wissen zum Handeln zu kommen und den Wandel zu einer nachhaltigen Gesellschaft mit weniger Ressourcenverbrauch voranzutreiben. Mit Nudging, dem erinnernden Anstupsen, mit transformationalen Produkten und disruptiven Methoden, mit Info-Apps und Self-Measuring-Tools steht den meisten ein ganzes Arsenal an Handlungshilfen zur Seite. Erleichtern sie die Transformation durch spielerischen Umgang oder sind sie Spielerei mit Rebound-Effekten? Ein Pro und Contra mit etlichen Tooltipps von Ilona Koglin



Die Erwartungen sind hoch: Schicke Schlagworte wie Transformationale Produkte, Suffizienzinnovationen und disruptive Technologien erwecken nur allzu leicht das gute Gefühl, dass technischer Fortschritt uns *vom Haben zum Handeln* führt. Doch endet das in einer wahrhaft nachhaltigen Gesellschaft – oder doch nur in blindem Aktionismus?

Angesichts von Klimawandel, wachsender Weltbevölkerung und mangelnder Ressourcenreichweite ist offensichtlich, dass wir kürzer treten müssten. Und obwohl Studien bereits nachgewiesen haben, dass dieses „kürzer treten“ – richtig angestellt – keineswegs ein genussfeindlicher, rückwärtsgewandter Verzicht wäre, sondern mit einer Zunahme an Lebensqualität einhergehen kann, tun wir uns – als Individuen und Gesellschaft – nach wie vor schwer, von der Erkenntnis zum Handeln zu kommen.

Wäre es da nicht wunderbar, es gäbe irgendjemanden oder irgendetwas, der oder das uns in unserem eigenen Interesse irgendwie vom Denken zum Handeln bringen könnte? Barack Obama, David Cameron und auch An-

gela Merkel haben inzwischen jeweils Beraterstäbe eingerichtet, die sich mit dem so genannten *Nudging* beschäftigen – also mit der Frage, wie man die Bürger eines Landes auch ohne Gesetze und Verordnungen zu einem umweltfreundlicheren und gesünderen Verhalten „schubsen“ (to nudge) kann.

„In den USA und in Großbritannien wird längst geschubst – oder genudged: Drucker und Kopierer sind so voreingestellt, dass Vorder- UND Rückseite bedruckt werden. Kalifornische Kommunen informieren ihre Bewohner, wie viel Strom sie im Vergleich zu den Nachbarn verbrauchen, und belohnen sparsame Haushalte mit einem Smiley-Brief“, berichtet der Bayerische Rundfunk¹.

Die einen finden das sinnvoll, die anderen halten es für paternalistische Bevormundung und unzulässige Manipulation. Auf jeden Fall funktioniert es: In Spanien etwa haben die Menschen keine Wahl, sie sind automatisch Organspender und müssen sich aktiv austragen, wenn sie das nicht möchten. Sie sind „genudged“. In Deutschland ist es umgekehrt – und die Zahl der Men-

¹ <http://bit.ly/1NjX8U5>

schen mit Organspendeausweis ist noch nicht mal halb so hoch².

Eine Runde weiter ist bereits die chinesische Regierung. Sie hat im Oktober 2015 den Citizen Score eingeführt. Der bewertet die Bürger anhand ihres Soziallebens, ihrer Einkäufe und ihrer Social-Media-Aktivitäten. Mit einer besonders hohen Wertung kommt man unter anderem leichter an Einreisegenehmigungen nach Singapur oder seltene Visa für Auslandsreisen. Auch das Verhalten der Freunde fließt ein. Noch ist der Score freiwillig, bis 2020 soll er Pflicht werden. Die eigene Reputation lässt sich durch ein stets gefülltes Konto und durch Kauf bestimmter Produkte steigern, regimekritische Äußerungen oder Videospiele führen dagegen zur Abwertung. Die Daten sind für alle einsehbar, das soll den sozialen Druck erhöhen und das Ausbrechen aus dem System verhindern. Martin Burckhardt hat in seinem Roman „Score“ eine derartige Welt geschaffen, in der es keine Gewalt gibt, keine Umweltverschmutzung, keine Ungerechtigkeit, nur Glück und bedingungsloses Grundein-

² <http://bit.ly/1PvZ00s>

kommen – außerhalb existiert allerdings „die Zone“.

Was man am Nudging – je nach Form – also kritisieren muss, ist die Verletzung der Privatsphäre und die Tatsache, dass die Menschen nicht entscheiden können, ob sie sich in die richtige Richtung schubsen lassen wollen oder nicht. Ersetzt man das politische Zwangs-Nudging gedanklich jedoch durch ein selbstverordnetes „Gute-Vorsätze-auch-tatsächlich-umsetzen“-Programm, so könnte das unserem kollektiven Handlungsstau vielleicht doch genau den Katalysator liefern, den unsere bequemlich-ignorante Besitzstandswahrermentalität scheinbar dringend nötig hat.

Genau diesen Gedankengang hatten bereits etliche Wissenschaftler, Ingenieure, Erfinder, Unternehmer, Designer und Programmierer. So ist in den letzten Jahren eine unglaubliche Vielfalt an Apps, Tools, Gadgets und smarten Produkten entstanden, die alle das Ziel eint, uns Menschen in Sachen Umweltschutz von der Erkenntnis doch endlich zum Handeln zu bringen.

Den Handlungsbedarf erkennen

Doch zurück zum Anfang: Wie, wann und warum verändern Menschen nun tatsächlich ihr Verhalten? Der Psychologieprofessor James O. Prochaska hat sich in den 1970er Jahren mit dem Thema Krebsprävention beschäftigt und ein Modell dafür entwickelt, wie und wann Menschen problematische Verhaltensweisen verändern. Das Ergebnis ist das so genannte Transtheoretische Modell (TTM). Das Problembewusstsein zu steigern ist dabei einer der kognitiv-affektiven Prozesse, die eine Veränderungsbereitschaft hervorrufen. Oder einfacher gesagt: Wenn Menschen die negativen Auswirkungen ihres Handelns erst klarer erkennen, kann das der erste Schritt sein, um es künftig anders zu machen.

Sicherlich ein Grund, warum das Self-Tracking per Apps, Gadgets und Wearables keine vorübergehende Mode, sondern ein echter Trend ist. Immer mehr Menschen vermessen sich und ihr Verhalten, treffen sich in Quantified-Self-Gruppen³ oder finden Gleichgesinnte in entsprechenden Communities

³ <http://quantified-self.meetup.com/>



© Can Stock Photo Inc. / Krisdog

– ungeachtet der Bedenken, die Datenschützer bei all der Sammelei persönlicher Informationen selbstredend anbringen. Schon gibt es Krankenkassen und Versicherungen, die selbstgemessenes Wohlergehen mit Boni und Beitragsreduzierung belohnen.

Dabei zielt die Selbstvermessung nicht nur auf Gesundheit und Fitness ab. Auch im Bereich Umweltschutz gibt es eine breite Palette an Tools und Apps:

Mit Hilfe des *Online-Ressourcen-Rechners* des Wuppertal Instituts lässt sich ermitteln, wie viel Ressourcen für die Herstellung, Nutzung und Entsorgung all der Dinge anfällt, die man so für den täglichen Lebensstil braucht – wie schwer also der persönliche ökologische Rucksack ist. Die App *Leafully* hat sich hingegen auf das Tracken des Energieverbrauchsverhaltens spezialisiert und die App *GiveO2* auf die Mobilitätsgewohnheiten. Sie alle decken dabei auch auf, was das für die Umwelt eigentlich bedeutet.

Auch für Unternehmen wird ökologisches Self-Tracking bedeutender. Die Effizienz-Agentur NRW bietet das CO₂-Bilanzierungstool *Eco-Cockpit* an, mit dem sich produkt-, prozess- und standortbezogene Emissionen ermitteln lassen.

Handlungsspielräume nutzen

Zu wissen, dass Handeln notwendig ist, heißt jedoch noch lange nicht, dass eine Handlung erfolgt. Wie die Naturbewusstseinsstudie 2013 des Bundesamtes für Naturschutz sowie des Bundesum-

weltministeriums zeigt, finden zwar 95 Prozent der Befragten, dass die Menschen die Natur nur so nutzen dürften, dass dies auch für kommende Generationen im gleichen Umfang möglich ist. Doch wenn es um das persönliche Engagement geht, scheinen viele schlicht und ergreifend nicht zu wissen, wie sie das tun können.

Zumindest den 46 Millionen Smartphone-Besitzern in Deutschland könnten direkt am Supermarktregal Apps helfen, die Welt durch ethischen Konsum umweltfreundlicher zu machen. Denn natürlich bringt es etwas, wenn Apps wie *Erntefrisch*, *Saisonkalender*, *iVeg* oder *Zu gut für die Tonne* Menschen dazu bringen, mehr regionale und pflanzliche Lebensmittel einzukaufen und weniger davon wegzuschmeißen – immerhin ist unsere Ernährung laut Rat für Nachhaltige Entwicklung für rund 15 Prozent des Ausstoßes klimaschädlicher Gase in Deutschland verantwortlich.

Gleiches gilt für Apps wie *Codecheck*: Mit diesen Tools kann man einfach den Barcode eines Produktes einscannen und schon zeigt die Anwen-

dung nicht nur an, wie gesund es ist, sondern zum Teil auch wie ökologisch. Das gibt es auch für die unterschiedlichsten Branchen: Die App *Ecogator* bewertet in Kooperation mit der Plattform *Eco Top Ten* des Ökoinstituts beispielsweise Elektrogeräte ebenfalls per Barcode-Scan (wo man die alten Geräte entsorgen kann, findet man über die *E-Schrott*-App heraus). Die *Siegelcheck*-App des Nabu gibt Auskunft über die Bedeutung von Bio-Siegeln und die App *ToxFox* des BUND zeigt, ob Kosmetik hormonell wirksame Chemikalien enthält. Für einen ethisch korrekten Einkauf von Fisch gibt es gleich zwei Apps – eine vom WWF sowie eine von Greenpeace – und für faire Kleidung ebenfalls. Damit hätten Otto Normalverbraucher und Lieschen Müller eigentlich schon mal so einigen Handlungsspielraum, um mit dem Welt verbessern loslegen zu können.

Die Macht der Gewohnheit

Doch wie jeder weiß: Vom Ausprobieren bis zur neuen Verhaltensweise ist es ein langer, oft mühsamer Weg. Wer nicht gerade auf smarte Technologien setzt, die den Menschen die ganze Mühe abnehmen – wie beispielsweise smarte Häuser, Elektrogeräte, Autos oder Apps wie zum Beispiel „Green Power Batterie Saver“, die vollautomatisch und ohne weiteres Zutun für Energieeffizienz sorgen sollen – der braucht schon eine gehörige Portion Motivation und Ausdauer, um tatsächlich dranzubleiben.

In vielen Bereichen ist dieser missliche Umstand schon untersucht worden und große Hoffnungen richten sich auf das Thema *Gamification*. Die Idee:

Gestalte den Weg bis zur dauerhaften Verhaltensänderung wie ein unterhaltsames, spannendes Spiel – und schon bleiben viel mehr Menschen an der Sache dran. Weil das in der Praxis schon ganz gut klappt, sind Spielelemente mittlerweile fester Bestandteil fast jeder App.

Green Plaza setzt zum Beispiel Quiz-Games ein, mit der App *A Glass of Water* müssen Autofahrer so ruhig und ausgeglichen fahren, dass ein digitales Wasserglas nicht überschwappt – was nebenbei auch für ein umweltfreundliches Fahrverhalten sorgen soll. Die Apps *EcoChallenge* und *Ecotastic* liefern ihren Nutzern sogar jede Woche neue sogenannte „Challenges“ – also Heraus-

forderungen, die Spaß, Spannung und Abwechslung bringen sollen.

Dabei fördern Belohnungen – etwa Gutscheine bei *Ecotastic* – genauso die Motivation am Ball zu bleiben, wie der Stolz auf die eigenen Fortschritte. Deswegen gibt es meist auch nicht nur eine Anzeige der eigenen Fortschritte (die man dann im Social Web posten kann), sondern auch so genanntes Social Gaming: Die App *OroEco* bietet beispielsweise neben dem Errechnen des CO₂-Fußabdrucks, der Selbstanalyse sowie der Fortschrittsanzeige auch die Möglichkeit, per Online-Community gegen andere Mitstreiter in eine Art Weltretter-Wettbewerb zu treten.



Disruptive Technologien

Doch reichen all die schicken, witzigen, hilfreichen oder auch unterhaltsamen Tools und Apps? So richtig smart ist es doch wohl nicht, wenn eine App lediglich den ohnehin wohlmeinenden und motivierten Umweltschützern das notwendige Übel – sprich den Verzicht und die Einschränkung – in welcher Weise auch immer einfacher macht, oder? Wäre es nicht intelligenter, wir könnten weniger ressourcenintensiv leben, aber genauso gut? Dieses Ansinnen steckt auf jeden Fall hinter den Befürwortern der so genannten *disruptiven Innovationen* – also der Ideen und Erfindungen, die vollkommen neue Verhaltensweisen und Einstellungen ermöglichen.

Der Ökonom und Entrepreneur Günter Faltn geht sogar noch weiter und fordert von der heutigen Entrepreneur-Generation „Suffizienzinnovationen“ – der Risikoforscher Ortwin Renn und der Soziologe Harald Welzer sprechen in der factory „Trans-Form“ von „Transformativen Produkten“⁴. Gemeint sind damit Neuentwicklungen,

⁴ <http://bit.ly/1PmiVK7>

mit deren Hilfe Menschen auf Dinge ganz verzichten können, ohne dabei an Lebensqualität zu verlieren – und damit entscheidend zu Dekarbonisierung und Dematerialisierung beitragen.

Vorzeigeprojekt dieser Denkrichtung ist sicherlich die *Sharing Economy*. Denn auch wenn es Mitfahrzentralen, Car-Sharing und Tauschbörsen schon vor dem Web 2.0 gab, so startete das Tauschen, Leihen und Teilen als Alternativmodell zur gängigen Wirtschaft doch erst so richtig durch, als das Internet sozial und per Smartphone auch mobil wurde. Und natürlich hilft es der Umwelt, sich diesem Trend anzuschließen.

Umweltfreundlicher Handeln ist in der Sharing Economy nicht nur praktisch, sondern hip: Ob man per App *Mitfahrgelegenheit*, *BlaBlaCar* oder *Flinn* das eigene Autofahren einspart, per *Call A Bike* das Fahrrad an der nächsten Bahnstation ordert und auf das Taxi verzichtet oder mit Apps wie *Kleiderkreisel* oder *Stuffle* Dinge tauscht, die man ohnehin nicht mehr braucht – in dieser neuen Welt des Co-Konsums verbraucht die westliche Zivilisation weniger Mate-

rial und Energie und hinterlässt weniger Müll.

Zumindest ist das so in der Theorie. Die Praxis zeigt jedoch leider auch, dass derartige Suffizienzinnovationen oft zu Rebound-Effekten führen: Was energieeffizientere Produkte oder geänderte Verhaltensweisen an Ressourcen und Abfall einsparen, ermöglicht mehr Teilnehmern mehr Verbrauch (siehe auch *factory Rebound*⁵). „Zwar gibt es in Ballungsräumen einen Trend zu mehr ÖPNV und Carsharing, auch der Spritverbrauch von Pkw hat abgenommen, in der Gesamtmobilität nimmt der Verbrauch aber zu“, bemerkt Renn. Auch Sharing-Services wie *Uber* und *AirBnb* führen nicht zu einer Entlastung der Umwelt: Die günstigeren Taxi- und Zimmervermittlungsdienstleistungen erlauben häufigere Nutzung und mehrfache und weitere Reisen. Suffizient ist das nicht.

⁵ <http://bit.ly/1Mxhkp6>

Rebound und sozialer Mut

Ist es also möglich, ein Gesellschafts- und Wirtschaftssystem per Smartphone-Apps und Social Games zu transformieren, das sich selbst über mehrere Jahrhunderte darauf programmiert hat, dass „immer mehr“ gleichbedeutend ist mit „immer besser“?

Was bedeutet es, wenn in Deutschland bereits ein Zehntel des gesamten Energiebedarfs für den Betrieb genau der Gadgets und Apps verwendet wird, die uns zum Energiesparen motivieren soll? Welche Auswirkungen hat es, wenn wir im Durchschnitt alle zwei Jahre ein neues Smartphone kaufen – für das nicht nur viel Energie, sondern auch seltene Rohstoffe und Arbeitskraft unter oftmals unwürdigen Bedingungen notwendig waren?

Ganz zu schweigen von den smarten Kühlschränken, Waschmaschinen und Autos, die aufgrund der eingebauten IT künftig noch schneller veralten dürften. Lohnt es sich also, eine „Smarte Dusche“⁶ mit Sensoren, CPU und Beamer zur digitaler Informations-

visualisierung auszustatten, für deren Produktion und Betrieb immerhin ebenfalls Ressourcen draufgehen – nur um ein bisschen Wasser zu sparen? Das Studienprojekt der Universität Folkwang erhielt dafür sogar einen Wirtschaftspreis. Doch ist dies tatsächlich auszeichnungswürdig, weil es das innovativste ist, was uns zu unseren Problemen einfällt?

Allein der Berg an Elektroschrott wird sich nach Schätzungen der UNO von rund 49 Millionen Tonnen weltweit pro Jahr (2012) auf mehr als 65 Millionen Tonnen (2017) vergrößern. „Manche fürchten, das Internet entwickle sich so schnell, dass der Klimaschutz nicht hinterherkomme“, meint der Leiter der Forschungsstelle Nachhaltigkeit und Klimapolitik Professor Felix Ekardt gar in einem Interview mit der Wochenzeitung *Die Zeit*⁷.

Nein, neue Technologien alleine reichen sicherlich nicht aus, um einen nachhaltigen Wandel zu gestalten – und seien sie noch so disruptiv. Wir brauchen vielmehr die Einsicht, dass Verzicht nicht immer ein Rückschritt ist.

Dass ein System, das auf Egoismus setzt und zwischenmenschliche Beziehungen und Solidarität negiert, niemals zu einem wirklich nachhaltigen Lebensstil führen kann. Dass nichts auf unserer Welt separat funktioniert – sondern dass alles mit allem vernetzt ist.

Zum Handeln brauchen wir in einer Welt, die digitale Duschkalender auszeichnet, wohl sicherlich auch noch eine Menge Mut. Denn was wir an neuen Verhaltensmustern benötigen, um eine wirklich nachhaltige Gesellschaft und Wirtschaft zu gestalten, liegt weit jenseits dessen, was derzeit allgemein akzeptabel – ja sicherlich auch vorstellbar ist.

Doch diese Erkenntnis hat sich in den Communities rund um die selbst organisierte Sharing- und Gift-Economy bereits durchgesetzt. Es wächst eine Haltung, die auf der einen Seite radikal die Notwendigkeit materiellen Besitzes hinterfragt. Und auf der anderen Seite ein System der gegenseitigen Unterstützung und der Großzügigkeit etabliert: Renommee und Status erhält in dieser Ökonomie, wer das, was er hat, mit anderen teilt. So zielen Apps wie *Lifecycler*

6 <https://www.youtube.com/watch?v=AHezdVxbi7M>

7 <http://bit.ly/1WIwe2s>



© Can Stock Photo Inc. / pzAxe

oder *Do me a favour* nicht nur einfach darauf ab, anders einzukaufen und sich damit im eng gesteckten Rahmen des Ethischen Konsums aufzuhalten. Stattdessen geht es um gelebte Großzügigkeit: Über die Plattformen kann man Dinge, Wissen, Zeit und Raum verschenken.

Diese Menschen warten nicht, bis ihnen etwas (zum Beispiel eine App) serviert wird, das sie ihre Bequemlichkeit vergessen lässt. Sie nutzen *The Age of Access* und die *Null-Grenzkosten-Gesellschaft*, wie der Ökonom Jeremy Rifkin dies nennt, und verwandeln sie in ihre eigene Energie- und Ökonomie-wende. Bestes Beispiel dafür sind die etwa achtzig Maker- und Klima-Aktivist:innen, die es satt hatten, einen Klimagipfel nach dem anderen abzuwarten. Sie trafen sich von August bis September 2015 in einem Schloss nahe Paris, um im Vorfeld der Klimakonferenz COP21 ihre eigene Klimawende zu entwickeln: POC21 nannte sich der Maker-Gipfel, denn es ging um den „Proof Of Concept“ von nicht weniger als zwölf Open-Source-Produkten – von der Windturbinen bis zur Mini-Farm⁸.

⁸ <http://bit.ly/1MxcPuU>

Das zeigt einmal mehr, dass Technik und Innovationen nie nur gut oder schlecht sind – sie sind immer nur das, was wir daraus machen. Zu warten, bis irgendjemand oder irgendetwas uns „nudged“, reicht deswegen nicht – und es macht auch keinen Spaß! ■

Eine Übersicht mit Tools gibt es im Internet unter factory-magazin.de/links

Ilona Koglin ist freie Journalistin in Hamburg und schreibt für verschiedene Medien. Außerdem unterstützt sie Unternehmen, Start-Ups und kreative Freischaffende dabei, gemeinsame nachhaltige Visionen zu entwickeln und diese umzusetzen.

»Was spricht dagegen, etwas Gutes zu tun, wenn keiner zuschaut?«

Nicole Mary Kidman, AC (* 20. Juni 1967 in Honolulu, Hawaii), US-amerikanisch-australische Schauspielerin und Filmproduzentin



Möge die Macht mit uns sein

Die Services von Google, Facebook und Co. sind kostenlos und effizient. Sie sammeln jedoch Daten im großen Stil über uns und bestimmen mit Algorithmen unsere Handlungsoptionen. Verlieren wir dadurch unsere Autonomie und Handlungsfreiheit? Die politische Seite des kommerziellen Interesses an Big Data sieht vielleicht ganz anders aus.

Von Andres Friedrichsmeier

LSD, Hypnose und gezielte Gehirnerschütterungen: Zwar hatten die Verantwortlichen der CIA rechtzeitig die Aktenschredder angeworfen, aber als der US-Senat 1975, gegen Ende des Vietnamkriegs, das Treiben seiner Geheimdienste durchleuchten wollte, fanden sich noch immer schockierende Hinweise. MKULTRA, ein 1953 initiiertes Geheimprojekt, erprobte die Möglichkeiten der Bewusstseinskontrolle. Aus heutiger Perspektive klingt dieses CIA-Programm nicht nur gruselig, sondern auch ein wenig lachhaft. Stichwort Gedankenkontrolle: Haben der Geheimdienst NSA und Unternehmen wie Facebook dafür heute effizientere Instrumente als LSD und Gehirn-OP? 2014 erschreckte Facebook die Öffentlichkeit mit dem Bekenntnis zu einer Studie über die Manipulierbarkeit von 689.003 uneingeweihten Nutzern. Das Studienergebnis: Wem Facebook gezielt negativ gestimmte Beiträge aus dem News-Feed herausfiltert und somit vorenthält, postet dann selbst mehr Inhalte mit positiver Stimmung. Die eigentliche Brisanz liegt jedoch nicht in dem nur eine Woche andauernden Experiment selbst. Sie

liegt darin, dass Facebook tagtäglich den News Feed sämtlicher seiner 1,5 Milliarden Nutzer filtert und vorsortiert, mit maschinenlernenden Algorithmen. Im Klartext: Facebook nimmt Einfluss auf die Emotionen von rund 20 Prozent der Weltbevölkerung. Barack Obama regiert nicht einmal ein Viertel so viele Staatsbürger. Anders als Obama müssen sich Facebooks selbstlernende Algorithmen weder gegen feindlich gestimmte Senatoren durchsetzen, noch ihre Entscheidungen öffentlich dokumentieren oder gar rechtfertigen. In Dvorskys Rangliste der 10 weltbeherrschenden Algorithmen reicht das allerdings gerade mal für Platz zwei, weit abgeschlagen hinter Googles „PageRank“.

Google will aber noch größeren Einfluss als schon heute bei täglich 3,5 Milliarden verarbeiteten Internetsuchen. Bei letzteren beeinflussen Googles Algorithmen bekanntlich nicht nur, was wir finden, sondern mittels Autovervollständigung der Suchtexteingabe auch, was wir suchen. Das prominente Beispiel ist „Bettina Wulff + Escort“. Künftig sollen wir noch etwas direkter zur Nutzung vorgestalteter Handlungs-

optionen verführt werden. Das anschaulichste Beispiel ist der Service „Inbox“, derzeit noch im Testlauf. Mit ihm lässt man seinen kompletten Mailverkehr – wem man bisher worauf wie geantwortet hat – von Google analysieren. Bei jeder anschließend neu eintreffenden Mail bietet Inbox eine passend vorgeformulierte Antwort an, die wir mit nur einem Klick zurückschicken können. Oder automatisch in unseren Kalender eintragen lassen. Ideal für stressige und vom Information-Overload bedrängte Büro-Jobs. Googles Algorithmus schlägt uns also effizient vor, wie wir mit anderen kommunizieren und welche Termine wir wahrnehmen oder absagen. Zeitnot auf Seiten der Nutzer vorausgesetzt bedeutet dies schlicht, dass der Algorithmus ihr Verhalten mitbestimmt – und wer ist beruflich nicht von Mails und Terminen gestresst?

“Jeder Nutzer ahnt, worauf er sich einlässt.”

Vermutlich ahnt jeder „Inbox“-Nutzer, worauf er sich einlässt. Interessant wird es erst auf überindividueller Ebene. Etwa wenn wir feststellen, dass die individuelle Zustimmungsfähigkeit zu den AGB solcher Dienste zu einer leer gelaufenen juristischen Fiktion degradiert ist: Schon 2007 überschlugen Forscher, dass es jährlich 201 Stunden dauern würde, um die für typische Internetnutzung zustimmungsbedürftigen Datenschutzvereinbarungen bloß zu lesen. Ohne also überhaupt Konditionen verschiedener Anbieter verglichen oder gar Einzelbestimmungen nachverhandelt zu haben, hätte ein durchschnittliche Arbeitnehmer schon 12 Prozent seiner Jahresarbeitszeit aufgewendet.

Die meisten, die beim Thema Big Data abwiegeln, „mich persönlich betrifft das nicht“, haben jedenfalls in gewisser Hinsicht recht. Nicht, weil ihr persönlicher Lebensbereich unberührt wäre – Big Data fängt schon an, wenn Supermärkte systematisch Käuferverhalten und Preissensitivitäten auswerten –, sondern weil die Relevanz des Themas auf politisch-gesellschaftlicher

Ebene liegt und nicht bei der individuellen Konsumentensouveränität.

Ein persönliches Beispiel: Als ich zu einer Projektgruppe gestoßen bin, die sich über einen gemeinsamen Google-Kalender koordiniert, hatte ich die Wahl, aus persönlichen Datenschutzwägungen die Arbeit der ganzen Gruppe zu verkomplizieren – oder bei Google einmal den „Stimme zu“-Button zu klicken. Praktisch ist ein Kalender nur, wenn ich dort alle meine Termine eintrage. Jeder Änderung der Geschäftsbedingungen durch Google stimme ich



© istockphoto.com/ LeventKonuk

zu, sonst stünde ich ohne Kalender da. So weit, so mittelprächtigt, immerhin nutze ich einen praktischen Service, der nur indirekt über Werbegebühren bezahlt wird. Nicht so mein Bruder, der datenabstinent lebt. Allerdings ist sein Geburtstag in meinem Google-Kalender vermerkt, über „Maps“ habe ich seine Adresse preisgegeben und alle seine Mails an meinen Gmail-Account werden mitausgewertet. Ferner schließt Google aus dem Wissen über mich und weitere, meinem Bruder ähnelnden Google-Nutzern, halbwegs treffsicher auch auf sein Einkaufsverhalten und seine Preissensitivitäten. In der Folge sehen sich viele Anbieter, bei denen mein Bruder kauft, faktisch dazu gezwungen, über Google Werbung zu buchen.

Obwohl mein Bruder diese Werbung nie sieht – dank aktiviertem Ad-block in seinem Browser – bezahlt er sie ständig mit. Die Werbekosten sind umgelegt auf die Preise seiner Konsumgüter, ob im Supermarkt, im Technikkaden oder bei der Pizzabestellung. Auch mein Bruder bezahlt für meine Nutzung von Google-Kalender. Entgeht er als Nicht-Nutzer zumindest dem „Filter



Bubble“-Effekt? Damit ist gemeint, dass Algorithmen von Facebook und Google zwar primär auf die Optimierung meiner Nutzerzufriedenheit ausgerichtet sind, mir deswegen aber auch primär vorsetzen, was mir sowieso gefällt. Für Konservative unter uns werden nicht-konservative News weggefiltert, Fußballfans können sich in einer digitalen Blase von Fußballfreunden einrichten usw. Das stimmt bedenklich, doch sollten wir nicht den Fehler machen, die digitale Welt nach Maßstäben zu beurteilen, die auch außerhalb der digitalen Welt unerfüllt bleiben. Schließlich ist auch jeder realweltliche Kegelerverein eine Art „Filter-Bubble“ und als Stützen der Meinungsfreiheit wännen wir meist „überparteiliche“ aber vom Anzeigenmarkt abhängige und von wenigen Privateigentümern kontrollierte Medienorgane wie die Süddeutsche Zeitung, Welt oder Focus. Es ist also längst nicht ausgemacht, ob digitale Dienste pluralen Meinungs Austausch tatsächlich einschränken oder doch erweitern, wie etwa während des arabischen Frühlings in den Jahren 2010 bis 2011.

“ Für das Penis-Problem werden Menschen beschäftigt.

Aber nimmt der gesellschaftspolitische Einfluss von Google & Co auch konkrete Richtungen? Am intensivsten diskutiert ist die „Nippelzensur“, der schier unglaubliche Aufwand, mit dem man Computern die Unterscheidung von männlichen und weiblichen Brustwarzen beizubringen sucht, um letztere aus Googles Bildsuche zu löschen. Auch bei Facebook sehen wir Millioneninvestitionen für ein weiter ungelöstes „Penis Problem“, anstatt rechtsextreme Hetze herauszufiltern. Dass hier Einfluss genommen wird, wird deutlicher bei folgendem Gedankenexperiment: Wie sähe die digitale Welt aus, wenn Google und Facebook nicht in Kalifornien, sondern im konservativen Kansas beheimatet wären (wäre die Wortgruppe „zum Teufel“ noch erlaubt?), oder im südchinesischen Kanton (würde man auf Facebook sein Jahreseinkommen beziffern)?

Gleichwohl, wie vermeiden wir, diesen Einfluss zu überschätzen? Etwa, indem wir jüngste Technikfortschritte solcherart extrapolieren, wie es Zeitgenossen des eingangs zitierten CIA-Experiments getan haben, die entsprechend sicher waren, dass wir 2015 in Kolonien auf Mond und Mars leben? Denn im oben zitierten Facebook-Experiment setzten die manipulierten Nutzer gerade mal drei Prozent mehr positive Meldungen ab.

Mächtiger sind die hier diskutierten Algorithmen zweifellos in ihrer Hauptfunktion – also uns dazu zu bringen, mehr Zeit auf Facebook zu verbringen. Jüngst etwa mithilfe einer angeblich zu 83 Prozent zuverlässigen Gesichtserkennung, die Vorschläge macht, mit welchen Freunden wir Bilder austauschen wollen – sogar, wenn sie nur von hinten fotografiert sind. Datenschutztechnisch mindestens bedenklich, aber gefährdet dies unsere Autonomie? Die Frage ist falsch gestellt, denn mit Gesichtserkennung kann man keine einzelnen Menschen gegen ihren Willen fernsteuern. Bis in die 1970er war letz-



teres für Kinozuschauer noch absolut vorstellbar, Handlungsbestandteil vieler Bond-Filme und sogar Basisplot der Dr. Mabuse-Filme der 1920er und 1960er Jahre. Big Data und seine Algorithmen hingegen arbeiten – egal ob 2015 oder in 50 Jahren – grundsätzlich nur auf Basis von Wahrscheinlichkeiten. Und die, so darf man verallgemeinern, quasi immer über eine gigantische Zahl von Nutzerprofilen hinweg. Auf eine Einzelperson zugeschnittene Big Data wäre nämlich zu aufwendig. Wer eine der inzwischen für das Desktopsegment verfügbaren Anwendungen mit maschinellen Algorithmen ausprobiert, erkennt den Grund dafür: Die Algorithmen



© istockphoto.com/ CTRPhotos

benötigen eine gewisse menschliche Kontrolle, um Analyse von Unsinn zu unterscheiden.

Auch für das genannte „Penis-Problem“ werden viele Menschen aus Fleisch und Blut beschäftigt. Auf Einzelnutzer zugeschnittene Big Data sucht deshalb dessen freiwillige Mitwirkung bei der Algorithmenkontrolle („Bitte klicken Sie, ob Sie diesen Vorschlag hilfreich fanden“). Aber bleibt dies so? Setzt sich irgendwann das Szenario des Films „Minority Report“ um, in dem Verbrechen geahndet werden können, bevor der potenzielle Verbrecher von ihnen weiß? Schon heute beurteilen Bewährungshelfer in den USA entlassene Strafgefangene mit Hilfe von Algorithmen, die Polizei lässt ganze Wohnviertel bewerten. Oder führt Big Data bloß das weiter, was schon in den 1970er Jahren unter dem Stichwort „Rasterfahndung“ begonnen hat? Sozialtheoretisch geantwortet: Eindeutig Letzteres. Menschliches Verhalten, genau wie menschliche Sprache, ist grundsätzlich mehr- und uneindeutig. Jeder Sinn, jede Bedeutung ist davon abhängig, wie die Beteiligten den sozialen Kontext interpretieren –

und das tun sie dynamisch veränderlich und ferner selten auf übereinstimmende Weise. Aber eben doch auf eine gut in Big Data-basierten Wahrscheinlichkeiten abbildbare Weise. Big Data kann also mehr über uns wissen als wir selbst, wird aber trotzdem immer bloß raten.

“ Die Umsonstkultur hat die rasante Internet-Entwicklung erst möglich gemacht.

Google & Co sehen es jedenfalls als Überlebensfrage, mehr von uns zu wissen als wir selbst. Wenn wir künftig immer mehr Geräte ohne oder mit allenfalls winzigem Bildschirm nutzen, wollen sie von Provisionen statt von Werbeeinblendungen leben. Gemeint ist etwa, dass mein Smartphone ahnt, wann ich am Bahnhof einen Taxidienst rufen will und wann bei mir Lust auf eine Pizzeria in Laufweite aufkommt. Denn nur dann werde ich zustimmen

– und gegebenenfalls mit dem Algorithmus kooperieren –, damit er mir halbautomatisch einen – gegen geringe Gebühr – bei Google registrierten Anbieter aussucht. Verliere ich dadurch die Autonomie über mein Leben? Nicht wirklich, wenn ich Muße für wichtigere Dinge als eine Preisrecherche unter Taxidiensten gewinne. Aber darf man die dahinter stehenden Einflussmöglichkeiten in die Hand von wenigen Privatunternehmen geben? Mir ist kein Argument bekannt, das dafür spräche. USA Today errechnete jüngst, die weltweite Internetökonomie werde zu 70 Prozent von nur fünf US-Firmen kontrolliert.

Diese Rechnung mag man in Zweifel ziehen. Kaum aber, dass dem Geschäft mit konsumentenbezogener Big Data (Big Data für Wettermodelle ist ein komplett anderes Thema) die Tendenz innewohnt, marktwirtschaftliche Prinzipien auszuhebeln. Der Grund dafür trägt den Namen „Network-Effect“. Gemeint sind Dienste, die umso wertvoller sind, je mehr Menschen sie nutzen: Koordination von Terminen über Google ist nur dann praktisch, wenn meine Kollegen denselben Dienst nutzen. Und

wenn meine Freunde auf Facebook sind, wird man mich nie überzeugen, stattdessen das deutsche „Studi-VZ“ als Social Media-Plattform zu nutzen. Der „Network-Effect“ erklärt auch, warum ein europäisches Gegen-Google nie erfolgreich sein würde – dank ihm sind die weltweiten Monopolmodelle tatsächlich produktiver. Er steht ebenfalls dafür, dass erst die Big-Data-Business-typische Umsonstkultur die rasante Internetentwicklung der letzten Jahrzehnte möglich gemacht hat. Denn die meisten neuen Dienste werden wertvoller, wenn möglichst viele Menschen frühzeitig mitmachen.

Das klingt marktwirtschaftlich bedenklich – wäre Geld-gegen-Ware nicht das sauberere Prinzip? Sollte, wie der Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels 2014, Jaron Lanier, fordert, zumindest Geld für unsere Daten gezahlt werden? Doch für Google haben unsere privaten Daten keinen nennenswerten Geldwert, sie erlauben lediglich das Angebot kostenloser Services. Wie man mit dem kostenlosen Webcalculator der Financial Times prüfen kann, liegt der Marktwert der eigenen Da-

ten im einstelligen Centbereich oder darunter.

Der Cashflow von Google & Co resultiert daher nicht aus dem Verkauf von Daten, sondern weil sie das Florieren von digitalen Nutzergemeinschaften fördern. Denn darin stehen ihnen exklusive Einnahmequellen offen, welche sie – die Wirtschaftsnobelpreisträger von 2014 machten möglich, das zu



überprüfen –, zumeist nicht einmal ungebührlich ausnutzen: Die Monopole von Google und Facebook haben laut Rochet und Tirole bisher tendenziell zu sinkenden Anzeigepreisen geführt. Damit ist die Preispolitik von Google sozialverträglicher als beispielsweise die der Hersteller von Krebs-, HIV- oder Hepatitismedikamenten, die eine durch Patentschutz gesicherte Monopolsituation schamlos nutzen. Man könnte also sagen, dass die sich durch den „network effect“ fast zwangsläufig herausbildenden Monopole die bisherige Ordnungsvorstellung namens „Marktwirtschaft“ gleichwohl untergraben.

Das aber sollte uns, anders als Lanier und die von ihm begeisterten Verleger, nicht notwendiger Weise entsetzen. Schließlich haben sich Marktwirtschaft und die in die Klimakatastrophe führende Fossilwirtschaft nicht zufällig parallel entwickelt, wie Herman E. Daly und Joshua Farley in ihrem Standardwerk *Ecological Economics* belegen. Was ist so schlimm daran, wenn mit dem Geschäftsmodell des kostenfreien Massenzugangs virtuelle Gemeinschaften entstehen – im Gegen-

satz zum herkömmlichen Modell, das soziale und ökologische Fragen nicht berücksichtigt? Lachen Sie jetzt nicht, aber ist vielleicht etwas dran an Googles Firmenmotto „Don't be evil“? Aus der Forschung über Entwicklungsländer ist uns jedenfalls ein Zusammenhang zwischen privatwirtschaftlichem Geschäftsmodell und sozialen Folgen gut bekannt: Unternehmen, die extraktive Rohstoffgewinnung betreiben, haben kein Geschäftsinteresse am Aufbau gesellschaftlicher Beziehungen vor Ort, da sie weiterziehen, sobald die Rohstoffe erschöpft sind.

“ ... er bleibt der Bösewicht, den es zu entmachten gilt.

Weil eine Fordfabrik besser ausgelastet ist, wenn sich auch Arbeiter einen Ford leisten können, hat man eine ganze Zeitperiode nach diesem Geschäftsinteresse benannt: „Fordismus“ (ca. 1914 bis 1973). „Fordismus“ ist in der Folge zu einer Chiffre dafür geworden, wie

sich das Geschäftsinteresse der Warenproduzenten an Warenkonsum gesellschaftlich prägend auswirkte; der deutsche Name ist „Wirtschaftswunder“, der französische „Trente Glorieuses“. Einige Jahrzehnte später benötigen Google & Co zwar derzeit Warenproduzenten als Werbekunden, zusätzlich aber hängen sie vom Erfolg virtueller Communities ab. Entsprechend zeichnet sich ab, dass ihr Geschäftsinteresse tendenziell besser mit der Pflege sozialer Beziehungen vereinbar sein dürfte. Ein Indiz hierfür ist die Architektur der Firmenzentralen. Während Banken und Industrieunternehmen ihren Machtanspruch in phallusartige Hochhausbauten gegossen haben, bauen Google & Co Campi. Vorbild sind dort die Universitäten, Zentren internationaler Austauschnetzwerke. Für weitere Hinweise, über die viel diskutierte Abneigung von Google & Co gegen Dividenden hinaus, lohnt ein Blick in Jeremy Rifkins Buch der *Null-Grenzkosten-Gesellschaft*. Wie also wird „Googleismus“ aussehen, falls sich das Geschäftsinteresse von Google & Co an florierenden Virtual Communities gesellschaftlich prägend auswirkt? Wir

wissen es nicht, sollten es auch noch gar nicht „wissen“, sondern selbst darauf Einfluss nehmen. Denn eins liegt bereits auf der Hand: Die Chancen auf eine Welt ohne Erdölabhängigkeit, die Chancen für eine anders als auf Ressourcenvergeudung gegründete Ordnung stünden besser. Nicht automatisch gut, aber jedenfalls weniger direkt in die Klimakatastrophe hinein als bisher.

Ist also alles gut? Ich erinnere lieber an die erstmals von Fritz Lang 1922 verfilmte Figur des Dr. Mabuse. Mabuse bezweckt nämlich die Schaffung einer besseren Gesellschaft, frei von „Korruption und Fäulnis“. Aber weil er zu viel Macht zur Manipulation anderer konzentriert, bleibt er der Bösewicht, den es zu entmachten gilt. Seinem Romangegenspieler, einem Staatsanwalt, gelingt das nur temporär. Auf Dauer ließe es sich nur politisch bewerkstelligen. Ein Google, das nicht „evil“ sein will (und sich jetzt Alphabet nennt), wäre dafür nicht unbedingt zu zerschlagen. Man könnte es in eine demokratisch von den weltweiten Nutzern mitbestimmte Stiftung umwandeln. In etwas ähnliches wie Mozilla, der bekannten Firefox-Entwicklerorganisa-

tion, mit mächtigeren Advisory Committees als die bisherige ICANN, die die Vergabe von Namen und Adressen im Internet koordiniert. Analog dazu sollte Facebook-Chef Marc Zuckerberg nicht einfach seine Aktienmehrheit zugunsten von Hochschulen oder Hilfsprogrammen an Dritte verkaufen, sondern besser sein ganzes Unternehmen in eine gemeinnützige demokratische Entität überführen. ■

Dr. Andres Friedrichsmeier ist Organisationssoziologe und lehrt am Institut für Kommunikationswissenschaft an der Universität Münster. Er forscht u.a. zum Einsatz von Managementinstrumenten im öffentlichen Sektor und ist im Beratungs- und Weiterbildungsbereich tätig. Mit der Arbeitsweise selbstlernender Algorithmen musste er sich auseinandersetzen, als in einem von ihm koordinierten Forschungsprojekt viel größere Datenmengen zusammenkamen, als von Menschen bewältigt werden konnten.





Quellenlinks

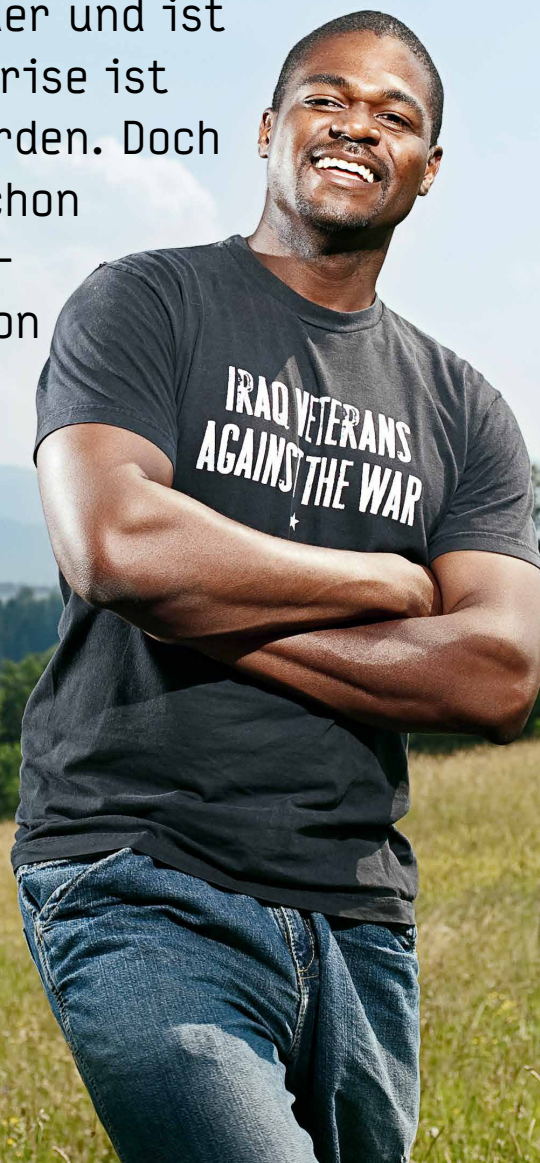
- Facebookstudie
www.pnas.org/content/111/24/8788.full.pdf
- Nutzerzahlen Facebook
investor.fb.com/releasedetail.cfm?ReleaseID=940609)
- Algorithmen-Top10
io9.com/the-10-algorithms-that-dominate-our-world-1580110464
- Google Inbox
googleresearch.blogspot.de/2015/11/computer-respond-to-this-email.html, <http://gmailblog.blogspot.de/2015/11/computer-respond-to-this-email.html>
- Nutzerzahlen Google
www.internetlivestats.com/google-search-statistics/
- Zeitbedarf Datenschutzklauseln
https://kb.osu.edu/dspace/bitstream/handle/1811/72839/ISJLP_V4N3_543.pdf
- Nippelzensur durch Algorithmen
www.e-flux.com/journal/proxy-politics/
- Fotoerkennung Facebook
www.golem.de/news/gesichtserkennung-facebook-erkennt-personen-sogar-von-hinten-1506-114829.html
- Studie zu Internetmonopolen
www.usatoday.com/story/money/markets/2015/11/05/online-amazon-concentration-internet/75182132/
- Datenpreisrechner
www.ft.com/cms/s/2/927ca86e-d29b-11e2-88ed-00144feab7de.html#axzz2z2agBB6R
- Ansatz Bewertung für Google und Facebook typischer Marktsituationen
www.rchss.sinica.edu.tw/cibs/pdf/RochetTirole3.pdf
- Text von Daly und Farley
library.uniteddiversity.coop/Measuring_Progress_and_Eco_Footprinting/Ecological_Economics-Principles_and_Applications.pdf
- Texte von Rifkin
www.thezeromarginalcostsociety.com/

»Die beste Zeit, einen Baum zu pflanzen, war vor zwanzig Jahren. Die zweitbeste Zeit ist jetzt.«

Afrikanisches Sprichwort

Nichts für die Ehre

Hilfe für andere ist ein menschliches Grundbedürfnis, wer es lebt, lebt gesünder und ist zufriedener. Mit der Flüchtlingskrise ist Hilfe zu einem neuen Trend geworden. Doch Ehrenamt und Engagement war schon immer nicht nur selbstloses Handeln, sondern Basis und Stütze von Gesellschaften. Von Ralf Bindel (Text) und Anja Weber (Fotos)



Der US-Soldat André Shepherd ist Irak-Deserteur und will in Deutschland Asyl (taz Panter Preis, Leserinnenpreis 2010).



Seit 30 Jahren nimmt Petra Peterich jugendliche Straftäter in ihrem Haus auf (taz Panter Preis, Preis der Jury 2010).

Als Kind sehnte Hadja Kaba ihre Beschneidung herbei. Erst Jahre später erkannte sie, was ihr angetan wurde. Heute kämpft sie gegen die grausame Tradition (taz Panter Preis, Leserinnenpreis 2011).



"Weil ich eine soziale Ader habe", antwortet mein Vater, Peter Bindel, "und anderen Menschen gern helfe." Bei der Frage, warum er in meiner alten Heimatstadt Marl ehrenamtlich tätig ist, zögert er nicht. Er "arbeitet" im Seniorenbeirat der Stadt, früher war er Drehermeister bei hüls, jetzt Evonik. Seit 20 Jahren ist er Rentner. Schon immer hat er in seiner Freizeit als Übungsleiter mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen die Leichtathletik trainiert. Noch immer nimmt er Sportabzeichen-Prüfungen ab, "und jetzt setze ich mich für die Belange der Alten ein", sagt er. 22 Ehrenamtliche sind sie im Beirat der Stadt. Sie kümmern sich um längere Ampelschaltungen für Senioren, begutachten Alten- und Pflegeheime, sprechen mit den Bewohnern, was man anders machen kann. Auch im Sport- und Schulausschuss ist er beratendes Mitglied. "Wir schauen in den Sporthallen und Schulen, wo Geräte- und Hausmeister fehlen und ob Geräte nicht mehr sicher sind." Ab und an besuchen die Ehrenamtler Seminare zur Weiterbildung, auch über mehrere Tage. "Es ist ein interessanter Kreis", erklärt er

seine Motivation. "Mein Vorteil ist, dass mich fast jeder kennt." Das war schon immer so: Fährt man mit meinem Vater mit dem Fahrrad durch Marl, wird man ständig begrüßt, mein Vater ruft und winkt fast ununterbrochen. "Eigentlich trifft man nur dankbare Menschen, wenn du dich für sie einsetzt."

Schwenk nach Bochum, wo ich jetzt lebe: "Ich habe einen Gerechtigkeitsfimmel", erklärt Petra Weiler ihre Motivation und lacht. Sie ist Diplom-Pädagogin, war zuerst an der Uni beschäftigt, dann Grundschullehrerin und ist jetzt in der Lernförderung an zwei Grundschulen tätig. Sie engagiert sich seit langem politisch und gesellschaftlich, seit einiger Zeit ist sie auch in der Flüchtlingshilfe aktiv. Im selbstverwalteten Sozialen Zentrum betreut sie zudem den KostNixLaden mit, in dem von Spielzeug bis zu Schuhen und Elektronik alles umsonst ist. "Die Leute bringen uns, was sie nicht mehr nutzen, andere aber gut gebrauchen können, andere holen sich, was sie möchten." Seit 2007 gibt es den KostNixLaden, jeden zweiten und vierten Sonntag im Monat ist er geöffnet. Zeitweise sind bis

zu 60 Besucher gleichzeitig da, vorher und nachher müssen die Waren sortiert und aus- und eingeräumt werden. "Alles zusammen geht manchmal schon an die Belastungsgrenze", sagt sie, "manchmal muss ich vor Erschöpfung auf die Bremse treten." Aber gerade die neue Arbeit mit Geflüchteten sei sehr berührend. "Es sind intensive Kontakte, wenn man es länger macht, man erfährt einfach viel über die Menschen und ihr Leben und generell über das Leben." Sie hilft in einer Flüchtlingsunterkunft in der Stadtmitte, die von einem Verein verwaltet wird, Plan B, der mehrere Heime betreut. "Es mangelt an allen Ecken und Enden, an Sprachkursen, Kleidung, Schuhen, Wohnungen, Fahrrädern", und sie packt mit an, wo sie kann, begleitet zum Sozialamt oder zum Arzt, unterstützt in rechtlichen Fragen und im 'Bürokratiedschungel'. "Ich kann mir als Ehrenamtliche den Luxus erlauben, zu wählen und zu gestalten." Ihre dreizehnjährige Tochter findet es gut, dass sie so engagiert ist. "Zu Anfang war sie schon skeptisch, zumal ich viel Zeit mit den geflüchteten Menschen und meiner ehrenamtlichen Arbeit verbringe",

Als Kazim Erdogan in den Siebzigern in Abschiebehaft saß, fühlte er sich wie ein Versager. Heute hilft er türkischstämmigen Männern, sich von Rollenbildern zu befreien (taz Panter Preis, Preis der Jury 2011).



Antje Krajci hat einem afghanischen Mädchen, das in Erfurt medizinisch behandelt wurde, eine Zeit lang ein Zuhause gegeben (taz Panter Preis, Preis der Jury 2012).



Steffen Richter will in Pirna ein Jugendzentrum eröffnen, in dem man keinen Neonazis begegnet. (taz Panter Preis, Leserinnenpreis 2012).



erzählt Petra, "aber jetzt hat sie nichts dagegen, wenn wir mit Geflüchteten kochen, spielen und Weihnachten feiern."

Das sind nur zwei von geschätzt 23 Millionen Menschen in Deutschland, die sich ehrenamtlich engagieren. Jeder von uns hat in seinem unmittelbaren Umfeld mindestens ebensolche Engagierte oder ist sogar selber aktiv. 70 Prozent aller über 14-jährigen sollen ehrenamtlich tätig sein. Dabei ist nicht einmal klar, was unter den Begriff Ehrenamt fällt. Vom bürgerschaftlichen Engagement oder der Freiwilligentätigkeit lässt er sich nicht wirklich abgrenzen. Im Allgemeinen versteht man darunter altruistisches Handeln, bei der ein Einzelner oder eine Gruppe freiwillig und unentgeltlich Arbeit leistet. Das kann regelmäßig, zeitweilig oder auch spontan sein, wie z. B. im Katastrophenschutz. Mit freiwilliger Arbeit ist eher der Dienst im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ), im Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) oder im Bundesfreiwilligendienst (BFD) beschrieben, dem Nachfolger des Zivildiensts nach dem Ende der Wehrpflicht 2011. In manche Funktionen werden Ehrenamtliche ge-

wählt (Vereinsvorstand, Ratsmitglied, Handelsrichter, Schöffin) und für manche Tätigkeiten erhalten sie auch eine Aufwandsentschädigung.

Ehrenamtlich Engagierte haben schon immer die Gesellschaften geprägt, viele heute selbstverständliche soziale Institutionen haben sie erfunden. Noch in der griechischen Antike, auch im Römischen Reich und später in den italienischen Städterepubliken war das Ehrenamt eine männliche Angelegenheit. Sie kümmerten sich hochherzig um das Gemeinwesen, während Frauen und Sklaven die produktive Arbeit erledigten. Mit Ehre und Ehrbarkeit war das Amt im Mittelalter verbunden. Adelige, später reiche Bürger leisteten sich Hilfe für Arme, Alte und Kranke, um so Ansehen und Ehre zu steigern. Schließlich wurde der ehrenamtliche Dienst am Gemeinwesen in der Neuzeit sogar in der Städteordnung und der kommunalen Selbstverwaltung festgeschrieben. Doch mit dem Aufstieg des kapitalistischen Wirtschaftssystems verblasste das Ideal der Gemeinwohlorientierung, nicht mehr die öffentliche unentgeltliche, sondern die ökonomische Tätigkeit

bestimmte ein Menschenbild. Dennoch entstanden mit ehrenamtlichen Helfern offizielle und organisierte Systeme der Armenfürsorge, die als Ursprünge der modernen Sozialarbeit gelten. So wurde das "Elberfelder System" Vorbild für das Deutsche Reich, auch die Frauenbewegung sorgte für die Vielfalt ehrenamtlicher Tätigkeiten. Im Nationalsozialismus musste man das Ehrenamt zwangsweise zum "Wohl des Volksganzen" ausüben.

Heute engagiert sich laut den Ergebnissen des Freiwilligensurveys oder der Enquete-Kommission zum bürgerschaftlichen Engagement jeder Dritte in Deutschland ehrenamtlich. Viele Bereiche des öffentlichen Lebens würden ohne Ehrenamtliche kaum existieren. Neben der Betreuung von Kindern, Kranken und alten Menschen gehören dazu Jugendarbeit, Natur- und Umweltschutz, Agenda 21-Projekte, Tierschutz, Bewährungshilfe, Seelsorge, Hilfsorganisationen, Umsonstläden, Hospize, Behindertenhilfen, Sport-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen – und natürlich die Freiwilligen Feuerwehren. Länder und Gemeinden unterstützen das En-

Welcome2Europe fährt dorthin, wo papierlose Flüchtlinge in Griechenland stranden – und informiert sie über ihre Rechte. (taz Panter Preis, Preis der Jury 2013).





Elizabeth Ngari und „Women in Exile“ engagieren sich für Frauen, die als Flüchtlinge nach Deutschland kamen. (taz Panter Preis, Leserinnenpreis 2014).

gagement durch so genannte Ehrenamtskarten für freien oder vergünstigten Eintritt zu Museen und Bädern. Bisher machte sich das Engagement auch gut im Lebenslauf, weil es soziale Kompetenz bewies, inzwischen verschweigen es viele Bewerber lieber, da es nicht mehr in die moderne Personalpolitik passt.

Über die Motive des Engagements gibt es gerade in den Zeiten der massiven Flüchtlingshilfe große Spekulation. Im ganzen Land berichten Flüchtlingsinitiativen vom Andrang der Menschen, die helfen wollen. Als Motiv wittern Medien längst "mehr Selbsttherapie als ernsthafte Zuwendung". Doch die Forscher gehen davon aus, dass Wohltätigkeit ein menschliches Grundbedürfnis ist. Eine neurowissenschaftliche Studie aus den USA zeigte, dass selbst der Gedanke an eine Geldspende das mesolimbische System im Hirn aktiviert. Es steuert die Ausschüttung von Oxytocin, dem Bindungshormon, welches stillende Mütter dazu bringt, sich mit Freude um ihr Kind zu kümmern, und Partner treu bleiben lässt. Ehrenamtliches Engagement ist zudem die am weitesten

verbreitete und alltägliche Form prosozialen Handelns. Selten ist es allerdings ausschließlich prosozial oder altruistisch motiviert. Wertegefühl, Selbsterfahrung, Bindung, Karriere, Schutz vor Schuldgefühlen und Selbstwertverbesserung können ebenfalls Gründe für das Engagement sein. Für die kanadische Psychologin Elizabeth Dunn sind drei Kriterien für das Glück durch Helfen entscheidend: *Autonomie*, also selbst zu bestimmen, was zu tun ist; *Kompetenz*, das Gefühl, etwas zu bewirken und *Verbundenheit*, Nähe zum Hilfebedürftigen zu fühlen.

Selbstfindungskitsch ist Flüchtlingshilfe also nicht, eher ein wichtiger

Trend, wie der Sportsoziologe Sebastian Braun in Welt.de erklärt: "Der neue Ehrenamtliche fragt implizit oder explizit nach der Gegenleistung. Nach interessanten Lernoptionen, sozialen Beziehungen, Räumen der Selbstfindung und -entfaltung." Wenn auch nicht alle, die sich heute in der Flüchtlingshilfe engagieren, eine Gegenleistung erwarten, so ist das Motiv aber wichtig. Helfen macht zwar glücklich und verlängert laut einer US-Studie aus dem Jahr 1957 das Leben, aber es wirkt offenbar nur bei denjenigen, die wirklich helfen wollen – Lust auf Abwechslung reicht offenbar nicht aus.

Anja Weber ist Fotografin der taz und lebt in Berlin.
Ralf Bindel ist Redakteur der factory.

"Sozial, politisch oder einfach nur menschlich"

Die Bilder dieses Beitrags entstanden im Rahmen des taz Panter Preis, den die taz Panter Stiftung der tageszeitung seit 2005 jährlich vergibt. Dieser Preis für Zivilcourage ist mit insgesamt 10.000 Euro dotiert und wird zur Hälfte als Preis der Leserinnen und Leser sowie als Preis der Jury vergeben. Den Preis sollen Personen erhalten, die "sich sozial, politisch oder einfach nur menschlich für andere

engagieren, aktiv gegen politische und gesellschaftliche Missstände auftreten und häufig im Verborgenen große Taten vollbringen", heißt es in der Ausschreibung. Seit 2013 werden auch Gruppen und Organisationen ausgezeichnet. Die hier gewählten Fotos von Anja Weber zeigen die Preisträger aus den vergangenen sechs Jahren.



Digitalcourage e. V. kultivieren die Kunst, gegen den Ausspähwahnsinn der Datensammler zu wirken – weil es Bürgerpflicht ist (taz Panter Preis, Preis der Jury 2014).



In Braunschweig gibt Lina Schönfeld Flüchtlingen kostenloses Training – im Faustkampf (taz Panter Preis, Preis der Jury 2015).



Mit ihrem Notrufsystem koordiniert und überwacht die Gruppe Watch The Med Alarm Phone die Rettung von Bootsflüchtlingen im Mittelmeer. (taz Panter Preis, Leserinnenpreis 2015).

»Ohne die Klasse der Müßiggänger wären die Menschen heute noch Barbaren.«

Bertrand Arthur William Russell, 3. Earl Russell (* 18. Mai 1872; † 2. Februar 1970), britischer Philosoph, Mathematiker und Logiker

Freier handeln

Über Freihandelsabkommen mit einer Vielzahl von Staaten möchte die Europäische Union Handelsbeschränkungen abbauen. Gleichzeitig errichten diese Verträge neue Hürden für nachhaltiges Wirtschaften. Denn Unternehmen erhalten zwar wirksame Hebel für ihre Interessen, aber verbindliche Vorgaben zur Nachhaltigkeit und Einhaltung der Menschenrechte fehlen. Dabei könnte die Handelspolitik durchaus ökologisch, ökonomisch und sozial gerechtes Handeln auf internationaler Ebene ermöglichen.

Von Alessa Hartmann



Täglich erreichen uns Bilder und Berichte zu Menschenrechtsverletzungen in Unternehmen, zur Nichteinhaltung von Arbeitsmindeststandards wie in der Textilindustrie oder in Minen, und zu Umweltvergehen wie vergiftete Flüsse und illegal abgeholzte Wälder. Bisher fehlt es an wirksamen Gegenmitteln. Unternehmen, die Vor- oder Endprodukte von derart handelnden Zulieferern beziehen, übernehmen dafür nur selten Verantwortung – die eigentlich Verantwortlichen werden in der Regel nicht rechtlich belangt. Selbst in Zeiten von Corporate Social Responsibility (CSR)-Strategien vieler Unternehmen geschieht dies oft nur nach öffentlichem Druck durch Nichtregierungsorganisationen und Medien.

Einer der Gründe dafür ist die derzeitige Handelspolitik vieler Staaten. Sie zielt vor allem auf Marktöffnung und Maximierung von Profit, hat aber kaum den Schutz und Nutzen der Menschen und ihrer Lebensgrundlagen im Blick.

Eine Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Organisationen fordert daher in einem „Alternativen Handelsmandat“ eine grundlegende Veränderung der Art

und Weise, wie und was in Handelsabkommen verhandelt wird: Zuerst pochen sie darauf, dass die Verhandlungen transparent sind und alle Verhandlungsdokumente öffentlich gemacht werden. Zudem sollten Abkommen so gestaltet werden, dass sie nach Überprüfung geändert oder gekündigt werden können – tatsächlich ist dies bisher nicht möglich.

Die Forderung nach Transparenz geht aber weiter. Zum Beispiel sollte dieser Grundsatz auch entlang der kompletten Lieferkette gelten, damit die darin beteiligten Unternehmen rechtlich verantwortlich gemacht werden können. Denn bisher kranken alle gut gemeinten Initiativen daran, dass sie sich zwar schön anhören, aber für transnational operierende Unternehmen rechtlich nicht verbindlich sind, weil sie auf Freiwilligkeit beruhen. Die demokratische Kontrolle wird vielmehr beschnitten: Während transnationale Unternehmen über das im Investitionsschutzabkommen verankerte Konzernklagerecht (Investor-to-State-Dispute Settlement – ISDS) ein starkes justiziables Instrument erhalten, haben Opfer

von Menschenrechtsverletzungen und Umweltvergehen diesen privilegierten Zugang nicht.

Um diese Global Player auch auf nationaler Ebene zur Verantwortung ziehen zu können, wird gefordert, ein entsprechendes Unternehmensstrafrecht einzuführen. Das Wohl von Mensch und Umwelt dürfte es sicherlich stärken, wenn deutsche Mutterunternehmen für die Menschenrechtsverletzungen der Töchter haftbar gemacht werden können.

Dies alles sind gute und wirksame Ideen, um Menschenrechtsverletzungen und Umweltvergehen zu verhindern und zu ahnden. Doch wie sieht es derzeit in der Praxis aus? Nimmt die EU-Kommission, die für die Handelspolitik in Europa verantwortlich ist, diese Vorschläge ernst und auf?



Nachhaltigkeits-Check bei TTIP und CETA

Im Oktober 2015 berichtete der Guardian vom Vorschlag der EU-Kommission für ein Nachhaltigkeitskapitel im Freihandelsabkommen TTIP zwischen EU und USA. Deutlich wurde, dass sich die EU mit diesem Text voller unverbindlicher und nicht-einklagbarer Versprechen nicht verpflichtet fühlt, essenzielle Umweltmaßnahmen durchzusetzen. Sie scheitert auch daran, die zahlreichen Bedrohungen durch TTIP für die Umwelt zu benennen oder konkrete Maßnahmen vorzuschlagen, um diese Gefahren abzuwenden. Keine Passage in diesem Kapitel würde die Tatsache ändern, dass TTIP es Konzernen wie Shell, BASF und Volkswagen ermöglichen würde, Regulierungen zum Schutz der Umwelt und des Klimas vor internationalen Schiedsgerichten anzugreifen. Gleichzeitig gibt es keinen verbindlichen Durchsetzungsmechanismus für Maßnahmen zum Schutz der Umwelt. Gäbe es einen solchen, wäre er automatisch schwächer als die Rechte der Investoren, die ihnen durch das Konzernklagerecht garantiert sind.

Zudem werden die vorliegenden Pläne zu erhöhter Förderung und Export von Öl und Gas führen – und nicht zur Förderung der Erneuerbaren Energien oder der Energieeffizienz. Und das trotz der gesetzten Ziele, Treibhausgasemissionen bis 2020 herabzusetzen. Dem Vorschlag kann also nur die Note „mangelhaft“ ausgestellt werden.

Ein Blick auf das Nachhaltigkeitskapitel im Handelsabkommens der EU mit Kanada, das sogenannte CETA: Hier liegt der fertig verhandelte Text bereits seit September 2014 vor. Optimistisch stimmt, dass „Gute Arbeit“ und die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen im CETA-Vertragstext als Ziele genannt werden. Allerdings fehlen im Kapitel „Handel und Arbeit“ Mechanismen, um das Ziel guter Arbeit gegenüber Investoren wirksam durchzusetzen. Für den Fall des Verstoßes sind keine Strafen vorgesehen, und zwar auf Wunsch der EU – Konflikte sollen im Konsens gelöst werden. Die Ziele sind folglich eher unverbindliche Appelle.

Auch das Kapitel zu nachhaltiger Entwicklung bleibt durchgehend unverbindlich und verwendet Begriffe, die

niemanden tatsächlich zur Nachhaltigkeit verpflichten. Dialog, Konsultation, Förderung, Bemühen, freiwillige Labels, Prüfungen und Berichte, Transparenz und öffentliche Beteiligung – das sind die Schlüsselwörter im Vertragstext, wenn es um Nachhaltigkeit geht. Gleiches gilt für das Kapitel Handel und Umwelt, das ähnlich schwach formuliert ist. Auch hier finden sich keine konsequenten und durchsetzbaren Pflichten zum Umweltschutz.

Dieses Vorgehen in den derzeitigen Handelsabkommen der EU spiegelt sich auch in ihrer im Oktober 2015 veröffentlichten Handelsstrategie wieder: Zwar liest sich die Strategie in ihrer Rhetorik gut und die Kommission scheint auf die große öffentliche Kritik an ihrer Politik der vergangenen Jahre zu reagieren, doch sie bleibt nach wie vor oberflächlich. Das Hauptziel der europäischen Handelspolitik ist unverändert Marktöffnung zur Wachstumssteigerung. Die Strategie nennt auch nachhaltige Entwicklung und Einhaltung der Menschenrechte als Ziele, erklärt aber nicht, wie diese verbindlich verwirklicht und eingehalten werden sollen.

Im September 2015 verabschiedeten die Vereinten Nationen die UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals). Wie diese konkret mit der neuen EU-Handelsstrategie umgesetzt oder zumindest kompatibel gemacht werden sollen, bleibt aber offen.

Zahnloser Tiger? UN Binding Treaty

Nach diesem „reality check“ der derzeitigen EU-Handelspolitik muss man als aufrechter Handelsteilnehmer oder kritischer Verbraucher dennoch nicht verzweifeln: Es bewegt sich sehr wohl etwas in der internationalen Wirtschaftspolitik.

2011 vereinbarten die Vereinten Nationen (UN) Leitprinzipien zu Wirtschaft und Menschenrechten. Diese sollen die Menschenrechte schützen – sie legen fest, dass Unternehmen Menschenrechte respektieren und Staaten sicherstellen müssen, dass bei Verstößen Zugang zu juristischer und nicht-juristischer Hilfe geschaffen wird. Die UN-Mitgliedsstaaten sind verpflichtet, diese Leitprinzipien national

umzusetzen. So gibt es seit Ende 2014 in Deutschland durch Federführung des Auswärtigen Amtes den sogenannten Nationalen Aktionsplan (NAP-Prozess). Der Haken an der Sache: Die Leitprinzipien sind freiwillig und keine rechtsverbindlichen Regelungen.

Deshalb gehen die UN nun einen Schritt weiter. Im Juli 2015 traf sich – initialisiert von Ecuador und Südafrika – erstmals eine Arbeitsgruppe zu transnationalen Konzernen und Menschenrechten, um über einen dreijährigen Zeitraum ein rechtsverbindliches Abkommen – ein binding treaty – zu erarbeiten. Weltweit fordern zivilgesellschaftliche Gruppen seit Jahrzehnten genau das und haben sich nun in einer „Treaty Alliance“ zusammengeschlossen, um den Fortgang der Verhandlungen zu begleiten. Sollte der Abschluss eines solchen Abkommens tatsächlich gelingen, wäre das ein ganz neues Kapitel in der internationalen Politik und ein Meilenstein für die Einhaltung und Umsetzung von Menschenrechts- und Umweltschutz.

Umso ärgerlicher ist es, dass dieser Prozess gerade von den Staaten igno-

riert wird, die über die größte Anzahl von transnationalen Konzernen verfügen. Gleich beim ersten Treffen der UN-Arbeitsgruppe glänzten die USA, Kanada, Großbritannien, Australien und auch Deutschland durch Abwesenheit. Die EU-Delegation nahm nur teilweise an den Sitzungen teil und brachte sich kaum ein. Niemand muss sich also wundern, dass sich die Anliegen des binding treaty weder in CETA, TTIP, den diversen EPA mit afrikanischen Ländern noch in der Handelsstrategie der EU wieder finden.



Silberstreifen am Horizont?

Aber können die „big player“ langfristig die Augen vor den immer lauter werdenden Forderungen nach einer „besseren Handelspolitik“ verschließen? Erst im Frühjahr lehnten die Abgeordneten im Europäischen Parlament einen Vorschlag der EU-Kommission zur Regulierung von Konfliktmineralien ab. Stärkster Kritikpunkt war wieder einmal die Freiwilligkeit. Dabei veröffentlichten nur vier Prozent der 330 befragten Unternehmen freiwillig, ob die Sorgfaltspflichten entlang der Lieferkette für Konfliktmineralien erfüllt wurden. Statt Freiwilligkeit forderten die Parlamentarier mehr Verbindlichkeit – sie suchen nun im Dialog mit Unternehmen und Kommission nach einer neuen Lösung. Ein hoffnungsvolles Zeichen.

Noch besser: Im Oktober demonstrierten rund 250.000 Menschen in Berlin gegen TTIP und CETA und für eine nachhaltige, gerechte Handelspolitik. Es war wahrscheinlich die größte Demonstration in Deutschland der letzten zehn Jahre. Mit diesem neu erwachten Interesse an Handelspolitik ließe sich

durchaus voran treiben, dass Unternehmen durch solche Abkommen nicht nur Rechte, sondern auch einklagbare Pflichten auferlegt bekommen. Denn offenbar lassen sich langfristig nur so Menschenrechtsverletzungen und Umweltvergehen verhindern. Sind derartige Handelsverträge unterzeichnet,

wird, anders als nach Paris, nicht mehr nachverhandelt – so steht es in den Verträgen.

Alessa Hartmann ist Referentin für internationale Handels- und Investitionspolitik bei PowerShift e.V. und Koordinatorin des zivilgesellschaftlichen Bündnisses TTIPunfairHandelbar und der AG Handel des Forums Umwelt und Entwicklung.

Zum Weiterlesen:

- Website der Treaty Alliance:
<http://www.treatymovement.com/>
- Alternatives Handelsmandat:
<http://www.attac.de/atm>
- FDCL: „Unternehmensverantwortung ohne Pflichten? Verbindliche Regeln für Unternehmen – Schutz für Mensch und Umwelt“
<https://www.fdcl.org/publication/2015-10-01-unternehmensverantwortung-ohne-pflichten/#deutsch>
- CoRA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung: „Steckbriefe UN-Leitprinzipien konkret“
<http://www.cora-netz.de/cora/steckbriefe/>
- Analyse des TTIP-Nachhaltigkeitskapitels: <http://www.theguardian.com/>

business/2015/oct/23/ttip-eu-negotiators-appear-to-break-environmental-pledge-in-leaked-draft

- CETA-Vertragstext vom 26.09.2014:
http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2014/september/tradoc_152806.pdf
- EU-Kommission: „Trade4All – Hin zu einer verantwortungsbewussteren Handels- und Investitionspolitik“:
<http://ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/new-trade-strategy/>



»Selbst wenn du dich auf dem richtigen Weg befindest, wirst du überfahren werden, wenn du einfach nur dasitzt.«

William Penn Adair “Will” Rogers (* 4. November 1879 in Oologah, Oklahoma; † 15. August 1935 in Point Barrow, Alaska bei einem Flugzeugabsturz) US-amerikanischer Komiker, Schauspieler, Autor und Cowboy

Handel im Wandel

Die Digitalisierung wälzt den Handel um, wie viele andere Wirtschaftsbranchen auch. Der Online-Handel, die Bestellung von Waren via Internet, erobert immer größere Marktanteile. Die Virtualisierung des Verkaufs hat auch reale Folgen problematischer Art: Der Lieferverkehr nimmt zu, Fachgeschäfte in den Innenstädten müssen schließen. Schon keimt eine Gegen-Bewegung: „Slow-Retail“ setzt nach dem Muster der Ernährungs-Alternative Slow Food auf einen entschleunigten Handel. In Städten und Dörfern werden „Späties“ und Tante-Emma-Läden als soziale Orte des Einkaufs neu entdeckt.

Von Manfred Ronzheimer



Konsumgüter an den Endkunden zu bringen ist ein Milliardengeschäft. Nach den Daten des Statistischen Bundesamtes wurden 2013 von den 306.000 Unternehmen des Einzelhandels in Deutschland mit 3,3 Millionen Beschäftigten Umsätze von 491 Milliarden Euro erwirtschaftet. Der Anteil des stationären Einzelhandels mit eigenen Ladenlokalen lag nach Erhebungen des Kölner IFH Instituts für Handelsforschung im gleichen Jahr bei knapp 90 Prozent; bereits zehn Prozent der Umsätze wurde über Online-Bestellungen generiert. Vier Jahre zuvor waren es erst sechs Prozent. Für das Ende des Jahrzehnts 2020 prognostiziert das IFH einen Anteil des stationären Handels von nur noch 78 Prozent. „Da der Onlinehandel wächst, der Gesamtmarkt aber stagniert, befindet sich der gesamte Einzelhandel aktuell in einem Verdrängungswettbewerb“, stellen die Kölner Handelsforscher fest.

Immer mehr Verbraucher schätzen Preisvergleiche per Internet und ordern gleich elektronisch per Smartphone oder PC. In Befragungen des IFH gaben 38 Prozent der Konsumenten an, durch zunehmende Online-Käufe weniger

in die Innenstädte zu fahren, 27 Prozent weniger in die Supermärkte am Stadtrand. Die Folge: Die Zahl der Verkaufsstellen sinkt. Selbst in klassischen Geschäftsstraßen stehen immer mehr Geschäfte leer. „Welche Perspektiven kann man angesichts solcher Trends entwickeln?“, fragte Bundeskanzlerin Angela Merkel Mitte November besorgt auf dem Deutschen Handelskongress in Berlin. „Wie kann man die Versorgung strukturschwacher Regionen sicherstellen? Wie kann man der Verwaisung von Innenstädten vorbeugen?“ Antworten darauf, teilte die Regierungschefin mit, wolle jetzt eine „Dialogplattform Einzelhandel“ des Bundeswirtschaftsministeriums liefern. Natürlich im Internet.

Die dynamische Veränderung des Handels treibt auch die Logistik. „Der Lieferverkehr parkt in der zweiten Reihe, Paketboxen und Versandzentren schießen aus dem Boden, in der Stadt und auf der grünen Wiese“, beschreibt das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) die Lage, die es jetzt in einer neuen Studie untersucht. Ob allein dem Online-Handel der „Schwarze Peter“ zuzuschreiben ist, bezweifeln die Ber-

liner Stadtforscher allerdings. „Er ist ein Trendverstärker, jedoch nicht der Auslöser für Probleme des stationären Handels“, sagt Difu-Forscherin Ricarda Pätzold. Die Branche befinde sich in einem tief greifenden Strukturwandel: „Vergleichbar mit dem Einschnitt, wie ihn der Übergang auf die Selbstbedienung in den Geschäften in den 60er Jahren dargestellt hat“.



Gebündelt statt individuell

Beim genaueren Blick durch die Öko-Brille stellen sich auch Überraschungen ein. So fand eine im Oktober vorgestellte Studie des Deutschen Clean Tech Instituts (DCTI) heraus, dass die Klimawirkung des Online-Handels durch den Ausstoß von Kohlendioxid-Emissionen beim Transport im Durchschnitt sogar geringer ist, als wenn der Kunde den Artikel im stationären Handel kauft. „Das positive Ergebnis für den Online-Handel ergibt sich vor allem durch den verdichteten Transport der Sendungen durch die Paketdienste, die je Anfahrt immer mehrere Kunden beliefern“, heißt es in der Untersuchung, die im Auftrag des Versandhändlers Otto Group und dem Logistik-Unternehmen Hermes erstellt wurde. „Die CO₂-Bilanz dieser gebündelten Verkehre ist damit der individuellen Anfahrt vieler Kunden mit dem PKW in die Innenstadt deutlich überlegen“.

Schon heute kann von Hermes in 96 Prozent der Fälle die Lieferung direkt an den Kunden oder seinen Nachbarn zugestellt werden. Durch weitere Versandoptionen wie Zeitfensterzustellung

oder Paketboxen soll eine hundertprozentige Erstzulieferung erreicht werden. „Grundsätzlich belegt die Studie, dass nur die Vermeidung von unnötigen Verkehren zur weiteren CO₂-Einsparung führen kann“, erklärt Hanjo Schneider, Vorstand Services Otto Group und Vorsitzender des Aufsichtsrates der Hermes Europe GmbH. „Deshalb arbeiten wir weiter mit Hochdruck daran, unser Angebot noch effizienter zu gestalten.“ Das Öko-Institut Freiburg hat das methodische Vorgehen, die Annahmen und Berechnungen der DCTI-Studie 2015 einer kritischen Prüfung unterzogen, wie Philipp Wolff, Geschäftsführer des DCTI, mitteilt. Er ist überzeugt: „Die Studie wird für das Thema sensibilisieren und Anlass geben, kontinuierlich weiter in diesem Bereich zu forschen, zu beobachten und zu optimieren“.

Der Trend zum „Handel 4.0“, wie die Digitalisierung nach dem vergleichbaren Prozess in der Produktionswelt „Industrie 4.0“ bereits bezeichnet wird, schreitet voran – hat aber womöglich seinen Höhepunkt schon in einigen Jahren erreicht. Wenn sich der Online-Handel nun auch auf das Frische-Regal

erstreckt, dann sieht Alexander von Keyserlingk bald einen Sättigungsgrad in elektronischer Vernetzung erreicht: „Ich denke, in fünf Jahren werden wir uns keine Gedanken mehr über die mühsame, wöchentliche Beschaffung von Milch, Getränken und Waschmittel machen – alles wird irgendwie immer im Haushalt sein und es wird hierfür Automatismen geben, wie wir regelmäßig damit beliefert werden.“ Gerade in dieser Automatisierung liegt für den Handels-Berater und Erfinder des Begriffs „Slow Retail“, eine große Chance – nämlich in der Wiederentdeckung des Kunden und seiner individuellen Bedürfnisse. „Wenn die Faszination des technisch Neuen, des Online- oder Mobile Shoppings, einmal verflogen ist, werden viele Kunden eine neue Sehnsucht nach haptischem Erlebnis, nach Austausch und Inspiration entwickeln“, sieht von Keyserlingk voraus. „Hier kommt Slow Retail ins Spiel, die Individualisierung des Einzelhandels, mit realer statt virtueller Kundenbindung“.

Soziale Qualitäten

Auf seiner Webseite *slowretail.de* und mit Vorträgen wie auf der Slow Living-Konferenz in Berlin gibt der Handelsexperte viele Beispiele, wie sich allmählich – slow – auf Händler- wie auf Kunden-seite ein neues Bewusstsein bildet, das Geschäfte und Läden neuer Art generiert: „Kaufen als Genuss“. Kayserlingk nimmt in ersten Ansätzen „eine neue Form der Fachgeschäfte wahr: Läden, die sich aber nicht wie früher auf Branchen oder Warengruppen spezialisieren, sondern die sich an ihrer klar definierten Zielgruppe orientieren“. Diese Händler müssen wissen, in welcher Welt ihre Kunden leben, was ihnen gefällt, welche Präsentationsformen sie ansprechen und welche Serviceleistungen sie erwarten. „Das sind neue Store-Typen, die sich davon freimachen, reine Warenbevorrater zu sein“, erläutert Slowretailer von Kayserlingk: „In den Städten erwarten Kunden künftig Unerwartetes, Qualität in der Inspiration und cleveren Service“.

Dabei zeichnen sich auch Mischformen zwischen Online- und statio-

närem Handel ab. Beispiele sind die Webshops von *Manufactum.de* mit dem Angebot hochwertiger Handwerks- und Haushaltsprodukte, dem Biolebensmittel-Lieferanten *Genusshandwerker.de* und dem Schokoladen-Hersteller *Fassbender-Rausch.de*. Allen gemeinsam ist, dass sie ausführliche Produktinformationen per Internet offerieren, während die individuelle Kundenansprache am besten im stationären Geschäft stattfindet. Selbst Online-Großhändler Amazon will nach seinem ersten Store in Seattle demnächst in Berlin vor allem Bücher verkaufen.

Andere Qualitäten, die nicht als un-mittelbares Warenangebot „eingepreist“ sind, können auch den Mini-Läden wie dem „Späteinkaufs-Kiosk“ in den

Städten oder dem „Dorfladen“ auf dem flachen Land zu neuer Wertschätzung und Kundschaft verhelfen: als Orte des sozialen Kontakts und direkter Kommunikation außerhalb des Chatrooms. Mit dem Trend zur regionalen Direktversorgung erhalten Hofläden für landwirtschaftliche Produkte eine wachsende Nachfrage – teilweise mit Lieferservice. Und in den Städten gehen zuweilen sogar nicht-kommerzielle Faktoren in die sozialräumliche „Handelsbilanz“ ein. So hat die Berliner Polizei festgestellt, dass die Kriminalitätsrate in Stadtvierteln mit länger geöffneten „Späti“-Läden geringer ist als andernorts.

Manfred Ronzheimer ist Wissenschaftsjournalist in Berlin und schreibt für zahlreiche Medien wie z. B. die taz.





B U C H T I P P

Ihr Einkaufsführer für
nachhaltigen Konsum
und gutes Leben !

Jetzt **NEU:**

Ausgabe 8 - für Niedersachsen und Bremen,
.... dort wo es Bio-Produkte gibt.

Ökologisch, fair ...

112 Seiten ISBN 978-3-932309-39-7

G U T S C H E I N :

... für kostenlose Exemplare, bitte gewünschte Ausgabe(n)
ankreuzen, Ihre Adresse und € 1.45 Porto pro Buch
in Briefmarken an uns senden.

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Nordost (inkl. SH & HH) in Vorb. | <input type="checkbox"/> Berlin/neue Bundesländer |
| <input type="checkbox"/> Nordrhein-Westfalen | <input type="checkbox"/> Niedersachsen/Bremen |

ÖKOTOTAL • Verlag Das grüne Branchenbuch OHG
Lasbeker Straße 9 • 22967 Tremsbüttel • Tel. 04532-21402
Fax: 04532-22077 • service@oekototal.de
www.oekototal.de

factory^y ist das Magazin für Nachhaltiges Wirtschaften

factory steht für industrielle Produktion und Fabrik, aber auch für den Faktor Y, um den sich der Ressourcenverbrauch ändern muss, damit nachfolgende Generationen gleiche Bedingungen vorfinden. Dieses Nachhaltigkeitsverständnis schließt ein, dass es um alle Aspekte Nachhaltigen Wirtschaftens geht, also neben Produktion und Dienstleistungen auch um die Seite des Konsums. factory will dazu beitragen, die Bedeutung der Unternehmen bei der Verwirklichung einer Nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft deutlich zu machen und Wirtschaftsakteure in die gesellschaftliche Debatte einzubinden. Es geht dabei um eine ressourceneffiziente Wirtschaftsweise und die Herausbildung nachhaltiger Produktions- und Konsummuster. factory erscheint kostenlos viermal im Jahr als PDF-Magazin und im Netz unter www.factory-magazin.de

factory – Magazin für Nachhaltiges Wirtschaften
ISSN 1860-6229,
12. Jahrgang Ausgabe 1.2016

Redaktion:

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV:
Ralf Bindel
Am Varenholt 123
44797 Bochum
Tel. 0234-9799513
rb@factory-magazin.de

Anzeigen:

rabe - medienbüro
Tel. 0234-9799513
www.rabeuero.de
Es gilt die Anzeigenpreisliste 1.2012

Englische Übersetzung:

Universität Mainz, Fachbereich Angewandte Sprach- und Kulturwissenschaft, Institut für Anglistik, Amerikanistik und Anglophonie, Prof. Dr. Donald Kirały & Studierende
www.fask.uni-mainz.de

Herausgeberinnen:

Aachener Stiftung Kathy Beys
Schmiedstraße 3,
52062 Aachen
Tel. 0241-40929-0, Fax -20
info@aachener-stiftung.de
www.aachener-stiftung.de

Effizienz-Agentur NRW
Dr.-Hammacher-Straße 49
47119 Duisburg
Tel. 0203-37879-30, Fax -44
efa@efanrw.de
www.efanrw.de

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH
Döppersberg 19, 42103 Wuppertal
Tel. 0202-2492-0, Fax -108
info@wupperinst.org
www.wupperinst.org

Gestaltungsentwurf:

Oktober Kommunikationsdesign GmbH, Bochum
www.oktober.de

Umsetzung:

ubb Kommunikation, Bochum, www.ubb-kommunikation.de

Druck:

Circlematt White Matt gestrichen, Bilderdruck aus 100 % Altpapier, ausgezeichnet mit dem Blauen Umweltengel und dem EU-Eco-Label.
Gebrüder Hoose GmbH, Druckerei und Verlag, Bochum

Die Beiträge in factory geben nicht zwingend die Meinung der Herausgeber wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Materialien ist die Redaktion dankbar, übernimmt aber keine Gewähr. Das Copyright liegt bei den jeweiligen Autoren beziehungsweise der Redaktion; Nachdruck oder Vervielfältigung (auch auszugsweise) erlaubt die Redaktion auf Anfrage und bei Nennung des Autors und Link auf www.factory-magazin.de.

Mehr lesen und mehr Service im Netz

Abonnieren Sie unseren Newsletter, informieren Sie sich über aktuelle News und Termine, lesen Sie einzelne Beiträge und nutzen Sie weitere Service-Angebote. Folgen Sie uns bei Facebook und Twitter und verbreiten Sie factory und die Idee des Nachhaltigen Wirtschaftens weiter.



- ▶ www.factory-magazin.de
- ▶ Abonnieren Sie unseren Newsletter